

KOMPETENZ

DAS MAGAZIN FÜR DEN ORGANISIERTEN ERFOLG

4/Juli–August

www.gpa-djp.at

Gerechter verteilen

Lohnsteuer runter – Vermögenssteuer rauf! ab Seite 4

Inhalt

Thema

- 04 Gerechter verteilen
- 08 Interview Stephan Schulmeister
- 10 Kommentar

Aktuell

- 11 Kurzmeldungen
- 12 Faktencheck Steuern
- 14 Neue GPA-djp-Website
- 16 MediaMarkt/Saturn

Arbeitswelt

- 17 Kurzmeldungen
- 18 Betriebsrat bei Lidl
- 20 KV Hotel/Gastgewerbe

Service

- 21 Kurzmeldungen
- 22 Terminübersicht Bezirksforen
- 24 Recht aktuell
- 26 WBV-GPA (Advertorial)
- 28 CARD-Angebote
- 30 Gewinnspiele und Ermäßigungen
- 31 Bücher

4



© Nurih Wagner-Strauss

Gerechter verteilen

12



© Gina Sanders - Fotolia.com

Faktencheck Steuern

18



Bildagentur Waldhaus / Roessler Andreas

Betriebsrat bei Lidl

IMPRESSUM

Leserbriefe an kompetenz@gpa-djp.at

Herausgeber: ÖGB, GPA-djp, 1034 Wien, Alfred-Dallinger-Platz 1, Tel. 05 03 01-301, service@gpa-djp.at

Verlag und Medieninhaber: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel. 01/662 32 96

Chefredakteurin: Dr. Dwora Stein

Stv. Chefredakteur: Mag. Martin Panholzer

Chefin vom Dienst: MMag.ª Andrea Ragy, kompetenz@gpa-djp.at

Redaktion und Anzeigen: Mag.ª Lucia Bauer, Alexander Kobinger, alexander.kobinger@gpa-djp.at

Artdirection und Layout: Kerstin Knüpfer Dipl. Designerin (FH)

Druck: Leykam Druck GmbH & Co KG, 7201 Neudorf, Bickfordstr. 21

Verlags Wien Herstellungs Neudorf

Cover-Foto: Nurih Wagner-Strauss

DVR-Nr. 0046655, ZVR-Nr. 576439352

Offenlegung nach §25 Mediengesetz:

www.gpa-djp.at/offenlegung

Die Redaktion behält sich alle Rechte der Vervielfältigung und des Vertriebs der zum Abdruck gelangten Beiträge sowie ihre Verwendung für andere Ausgaben vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der AutorInnen dar und müssen sich nicht mit der Meinung der Redaktion decken. Die Redaktion haftet nicht für unverlangt eingeschickte Artikel und Fotos.



Lohnsteuer runter!

von Dwora Stein

Die Einnahmen des Staates aus der Lohnsteuer steigen wesentlich rascher als die Körperschaftssteuer und Gewinnsteuern etwa für Aktiengesellschaften und GmbHs. Die vermögensbezogenen Steuern sind im Vergleich zu den Steuern auf Arbeit kaum der Rede wert. Die ArbeitnehmerInnen tragen dadurch einen immer höheren Anteil des Steueraufkommens. Dazu kommt: Das Leben wird immer teurer. Besonders betroffen sind jene Ausgaben, an denen niemand vorbeikommt: Lebensmittel, Wohnungskosten und Energiekosten. Trotz guter Lohnerhöhungen bleibt den ArbeitnehmerInnen zu wenig.

Der Österreichische Gewerkschaftsbund und die Gewerkschaften fordern daher eine kräftige Lohnsteuersenkung, die alle ArbeitnehmerInnen entlastet. Außerdem muss eine Steuerstrukturreform insgesamt mehr Gerechtigkeit ins heimische Steuersystem bringen und die Entlastung des Faktors Arbeit durch Belastung großer Vermögen gegenfinanziert werden. Über den Sommer werden ÖGB und Gewerkschaften ein konkretes Modell für eine Steuerreform ausarbeiten, das im Herbst offiziell beschlossen und in einer österreichweiten BetriebsrätInnenkonferenz präsentiert wird.

Wer nicht will, dass weiterhin 3,4 Millionen ArbeitnehmerInnen das Nachsehen haben gegenüber knapp 83.000 Millionären im Land, der kann unsere gemeinsame Kampagne für eine Steuerreform

schon jetzt unterstützen. Unterschreiben ist sowohl online als auch auf ausgedruckten Listen möglich. Seit Anfang Juli läuft die Unterschriftenaktion, und bereits in den ersten beiden Wochen haben mehr als 120.000 Menschen unsere Forderung unterstützt. Danke an alle, die die Kampagne bereits unterschrieben und die Aktion auf Social Media verbreitet haben. Jede dieser Unterschriften bringt uns dem Ziel einer raschen Steuerreform um einen kleinen Schritt näher.

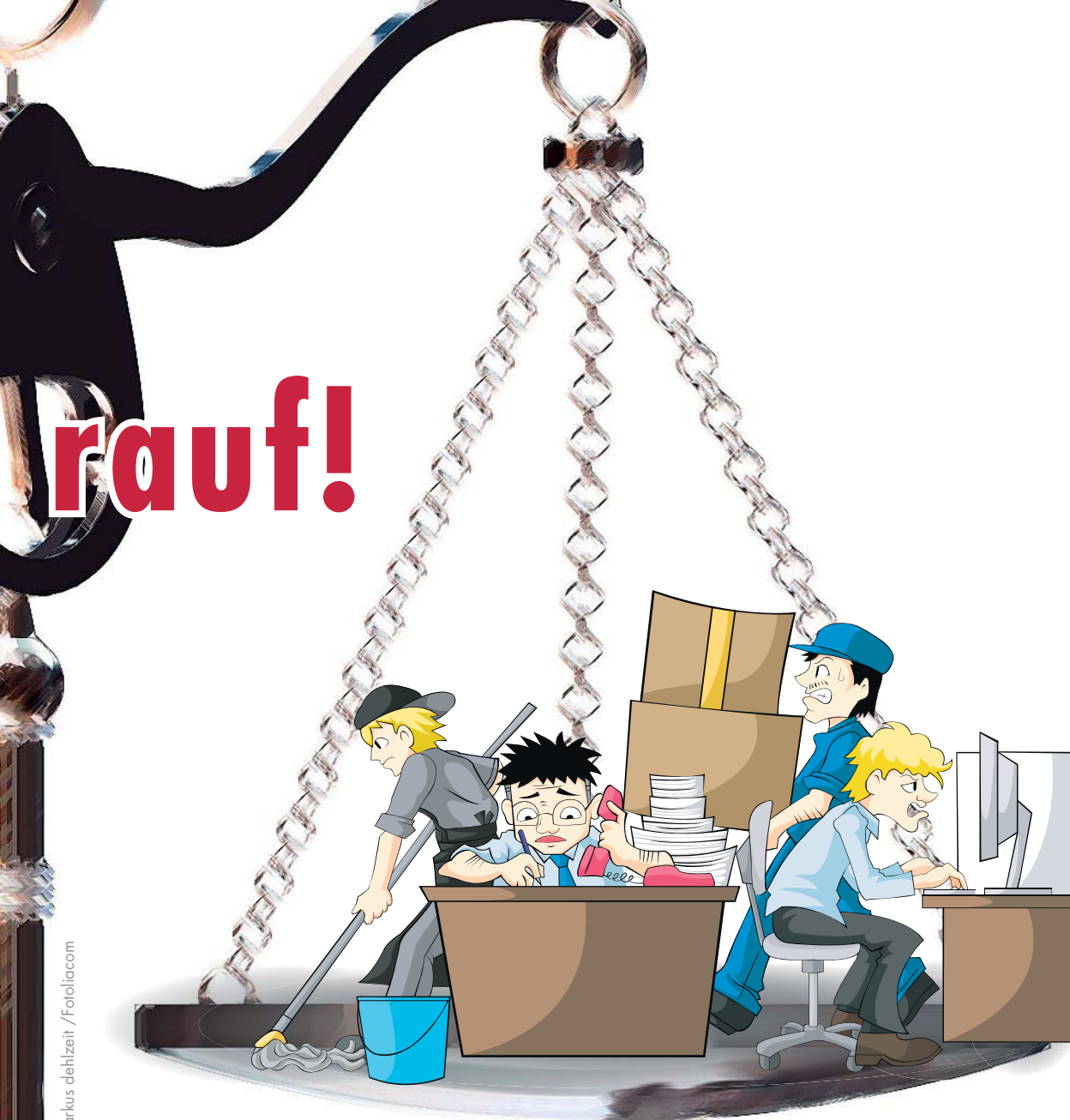
Passend zum Kampagnen-Thema geben wir in der aktuellen KOMPETENZ Einblicke in Verteilungsfragen, erklären wie eine Steuerreform finanziert werden kann und stellen klar, dass Steuern eine wichtige Funktion in unserer Gesellschaft haben. Mit unseren Steuern und Abgaben werden Sozialleistungen und Investitionen finanziert, die für einen modernen Wohlfahrtsstaat unentbehrlich sind. Steuern haben zudem eine wichtige Umverteilungsfunktion – zwischen Reich und Arm, zwischen Arbeit und Vermögen sowie zwischen ArbeitnehmerInnen und Unternehmen. Nicht allein die Höhe der sogenannten Steuer- und Abgabenquote ist relevant, sondern vielmehr deren gerechte Aufteilung. Dafür werden wir uns in den kommenden Wochen und Monaten verstärkt einsetzen.

ÖGB-Kampagne unterstützen auf:
www.lohnsteuer-runter.at



Lohnsteuer runter Vermögenssteuer





Die Einnahmen aus der Lohnsteuer steigen immer stärker, während Vermögen kaum zur Finanzierung staatlicher Aufgaben herangezogen wird. Dieses Ungleichgewicht muss beseitigt werden.

von David Mum





© Nurih Wagner-Strauss

Vermögen vermehrt sich rasant, während von einer Gehaltserhöhung kaum noch etwas übrig bleibt.

In Österreich herrscht eine starke Ungleichverteilung bei der Steuerpflicht: Die breite Masse der Bevölkerung finanziert mit der beim Konsum von Gütern und Dienstleistungen zu zahlenden Umsatzsteuer und mit den Abgaben auf die Erwerbseinkommen den Hauptteil der staatlichen Investitionen und Ausgaben. Auf der anderen Seite werden von Vermögen wenig bis gar keine Steuern eingehoben.

Ein krasses Ungleichgewicht herrscht auch bei der Vermögensverteilung: Denn während den ArbeitnehmerInnen trotz jährlicher kollektivvertraglicher Gehaltssteigerungen netto immer weniger im Börsel bleibt, werden die Reichen in diesem Land immer reicher.

Hochsteuerland für Arbeit

Mit Ausnahme des Jahres 2009, als die bisher letzte Steuerreform umgesetzt wurde, wachsen die Lohnsteuereinnahmen Jahr für Jahr weitaus stärker als die Löhne und Gehälter. Selbst wenn die Löhne nur im Ausmaß der Inflation erhöht werden, es also gar keinen echten Einkommenszuwachs gibt, steigt die Steuerbelastung – dieser Effekt wird als kalte Progression bezeichnet. Netto bleibt den Menschen dann ein reales Minus! Das führt dazu, dass der Staat in immer größerem Ausmaß von den ArbeitnehmerInnen finanziert wird.

Die Lohnsteuereinnahmen werden in diesem Jahr voraussichtlich bei 26 Mrd. EUR liegen und übertreffen

damit erstmals die Umsatzsteuer, die 25,6 Mrd. EUR beträgt. Gemeinsam machen diese beiden Massensteuern mit insgesamt über 50 Mrd. EUR rund zwei Drittel der Steuereinnahmen aus.

Steueroase für Vermögen

Dagegen sind die Einnahmen aus vermögensbezogenen Steuern immer noch beschämend gering. Diese betragen lächerliche 1,3 Prozent des Steueraufkommens. Hier ist Österreich im internationalen Vergleich Schlusslicht. In den westeuropäischen Staaten (EU 15) liegt der Anteil der vermögensbezogenen Steuern immerhin bei 5,3 Prozent. Das ist viermal so hoch wie in Österreich.

Die Gewerkschaften machen jetzt Druck für eine Steuerreform, die mehr Gerechtigkeit bringt. Denn derzeit bleibt von den Lohn- und Gehaltserhöhungen, welche die Gewerkschaften Jahr für Jahr durchsetzen, nach Steuern und Abgaben für die ArbeitnehmerInnen viel zu wenig übrig.

Zwar setzen sich die Gewerkschaften erfolgreich dafür ein, dass die Bruttoeinkommen stärker steigen als die Preise. Das müsste eigentlich zu einem Erhalt und einer leichten Steigerung der Kaufkraft führen. Aber nach Steuern und Abgaben bleibt bei den Nettoeinkommen oft zu wenig über, um die Preiserhöhungen wettzumachen. 2013 stiegen die Bruttolöhne und -gehälter um 2,1 Prozent. Zieht man die Inflation ab, verblieb ein leichtes Plus von 0,1 Prozent. Berücksichtigt man auch Steuern und Abgaben, drehte das in ein Minus von 0,3 Prozent! Im Jahr davor sah es genauso aus. Das ist auf Dauer inakzeptabel.

Vermögen immer stärker konzentriert

Die Einbußen für die ArbeitnehmerInnen sind auch deshalb so empörend, weil auf der anderen Seite die Vermögen hoch konzentriert sind und sehr rasch zunehmen. Die Reichen werden also immer reicher.

Vermögen ist in Österreich höchst ungleich verteilt: Die reichsten 5 Prozent besitzen 57 Prozent des Vermögens. Die unteren 50 Prozent nur 2,2 Prozent. Niemand kann ernsthaft behaupten, dass die obersten 5 Prozent deshalb mehr als die Hälfte des Vermögens auf sich konzentrieren, weil sie sich das erarbeitet haben. Durch eigene Arbeit kann man kein Multimillionär werden. Das schafft man nur, wenn man erbt oder als

erfolgreiche UnternehmerIn andere für sich arbeiten lässt.

Die hundert reichsten ÖsterreicherInnen besitzen 160 Milliarden Euro. Das Vermögen der 33 heimischen Milliardäre (119 Milliarden Euro) wuchs allein 2013 um fast 9 Prozent. Mit dieser enormen Vermögenskonzentration in den Händen einer winzigen Bevölkerungsgruppe liegt Österreich im Global Wealth Report 2014 des internationalen Beratungsunternehmens Boston Consulting Group auf Platz drei jener Länder,

Durch die Inflation bleibt den ArbeitnehmerInnen von Gehaltserhöhungen netto nichts übrig.

die auf die höchste Dichte an Superreichen kommen.

Steuerstrukturreform

Neben einer gerechteren Verteilung der Steuerzahlungen und einer Entlastung der Arbeitseinkommen brauchen wir auch einen faireren Steuertarif. Der Einkommenssteuersatz beträgt derzeit 36,5 Prozent. Dieser wird für Einkommen ab ca. 1.200 EUR brutto fällig. Das ist

viel zu hoch. Denn ab dieser Grenze bleibt von jeder Einkommenserhöhung nur knapp die Hälfte netto übrig. Daher verlangen wir, dass der Einkommenssteuersatz – wie im Regierungsübereinkommen festgelegt wurde – Richtung 25 Prozent gesenkt wird. Eine niedrigere Belastung von Einkommenserhöhungen gibt es derzeit erst für die Einkommen über 4.530 EUR, weil man ab Erreichen der sogenannten Höchstbeitragsgrundlage für das darüberliegende Einkommen keine Sozialversicherungsbeiträge bezahlt.

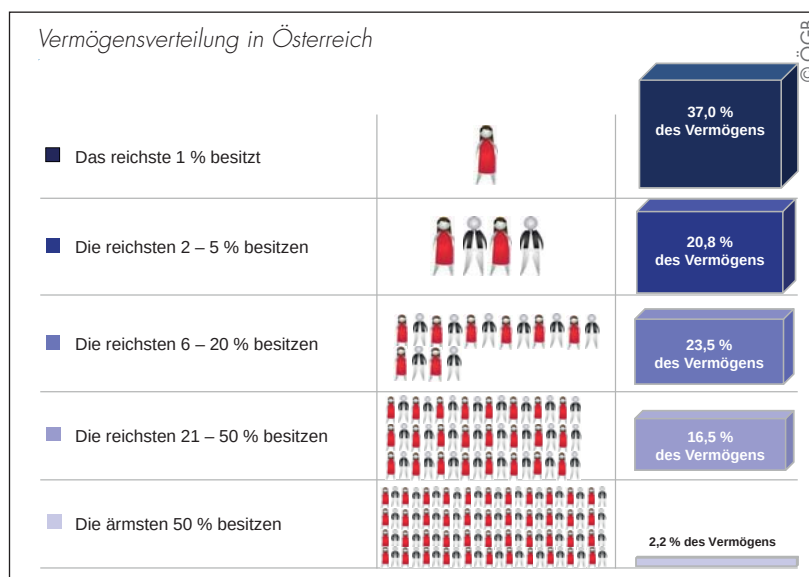
Eine Steuerreform, die diesen Namen verdient, muss eine spürbare Entlastung für alle ArbeitnehmerInnen bringen. Es ist inakzeptabel, dass den kleinen und mittleren Einkommen von einer Einkommenserhöhung nur die Hälfte verbleibt. Daher: Runter mit der Lohnsteuer, damit netto mehr Geld bleibt!

ÖGB-Kampagne zur Steuerreform unterschreiben auf:

www.lohnsteuer-runter.at

Vertiefende Infos unter:

www.blog.arbeit-wirtschaft.at ■





© Nuriith Wagner-Strauss

Vermögenssteuer statt monetärer Transfers

*Zur Verbesserung der Verteilung und der Lebenschancen
plädiert Wirtschaftsforscher Stephan Schulmeister
im KOMPETENZ-Interview für einen stärkeren Sozialstaat.*

von Heike Hausensteiner

KOMPETENZ: In der Schule meiner Tochter werden im Herbst Freigegegenstände gestrichen. Wäre das mit einer anderen Steuer- und Verteilungsgerechtigkeit zu verhindern gewesen?

Schulmeister: Natürlich. Denn die Kürzung der Staatsausgaben wird damit begründet, dass man die BürgerInnen nicht durch zusätzliche Steuern belasten will. Diese Grundvorstellung, dass der Anteil des Staates an den gesamtwirtschaftlichen Aktivitäten zurückgehen soll,

entspricht der neoliberalen Weltanschauung, die den Staat als Feind der BürgerInnen begreift – und nicht als unseren gemeinschaftlichen Verein. Der Staat soll jene Aufgaben erfüllen, die Einzelne nicht bewerkstelligen können: ein Bildungssystem, ein Gesundheitssystem, Autobahnen oder öffentliche Verkehrsinfrastruktur. Für diese Aufgaben müssen wir unserem Verein eben mehr Mittel zukommen lassen.

Das ist meine Position – und die steht in diametralem Gegensatz zu

dem Mainstream, der unter den Eliten in den letzten 30 Jahren dominiert hat. Bei dieser Sicht ist der Staat prinzipiell jemand, der den BürgerInnen das Geld aus der Tasche zieht. Sodass die Grundeinstellung lautet: „Weniger Staat, mehr privat ist immer besser.“ Das gilt aber nur für eine kleine Minderheit, die den Staat nicht braucht. Für die große Masse der Bevölkerung sieht die Sache ganz anders aus. Die hätte ein Interesse daran, dass die dringend notwendigen Aufgaben vom Gemeinwesen gut erledigt werden.

Insofern stellt sich die ideologische Debatte „verschlankter, neoliberaler Staat versus umfassender Sozialstaat“ als eine verkappte Verteilungsdebatte dar. Verteilung wird nicht nur im Sinne von Einkommen verstanden, sondern von Lebenschancen insgesamt. Dass jene, die in unserer Gesellschaft schlechtere Karten haben, durch einen stärkeren Sozialstaat begünstigt werden.

KOMPETENZ: Sie haben sich wiederholt für die Einführung einer Vermögenssteuer ausgesprochen. Wie sieht Ihr Best-practice-Modell für das österreichische Steuersystem aus?

Schulmeister: Es müssen Maßnahmen sein, die stärker jene treffen, die, wenn sie mehr in die Gemeinschaftskasse einzahlen, nicht die Nachfrage einschränken müssen. Wenn ich die Arbeitslosengelder kürze, damit der Staat sein Defizit verringert, vertiefe ich dadurch die Krise. Ich nehme ja jenen Geld weg, die darauf mit einer Einschränkung ihrer Konsumnachfrage reagieren müssen. Aber würde ich eine moderate Vermögenssteuer von 0,3 oder 0,5 Prozent einführen, würden etwa die sogenannten Begünstigten von Privatstiftungen deshalb nicht schlechter leben. Eine Vermögenssteuer würde soziale Ungleichheiten mildern.

Wenn Europa im sechsten Jahr einer Wirtschaftskrise steckt, muss man von einer Depression sprechen: Die Wirtschaft kommt aus sich heraus nicht mehr auf einen Aufschwungspfad. Der Pessimismus der privaten Haushalte und der Unternehmer plus der Sparzwang des Staates führen dazu, dass keiner dieser drei Sektoren die Nachfrage ausweitet. Groteskerweise haben wir eine Verdreifachung der Aktienkurse in den letzten drei Jahren, in denen die reale Wirtschaft in ihrer schwersten Krise seit den 30er-Jahren ist. Je länger

diese Diskrepanz zwischen dem Boom der Finanzmärkte und der Stagnation der Realwirtschaft andauert, desto wahrscheinlicher wird ein neuerlicher Aktien-Crash. Der überwältigende Anteil des Aktienvermögens ist in den Händen von relativ wenigen Reichen und Superreichen. Und die würden im Fall einer Fortsetzung der Krise über eine solche Finanzschmelze viel mehr verlieren, als wenn sie jetzt durch kleine Beiträge mithelfen würden, dass die Krise der Realwirtschaft überwunden wird.

KOMPETENZ: Wofür sollten die Einnahmen aus einer Vermögenssteuer verwendet werden?

Mit einer Vermögenssteuer könnten neue innovative Arbeitszeitmodelle finanziert werden.

Schulmeister: Zum Beispiel bei der Jugendarbeitslosigkeit für Maßnahmen, die über verbesserte Ausbildung hinausgehen. Qualifikation allein in der jetzigen Krise führt nur dazu, dass die Filialleiter von Billa mittlerweile Akademiker sind. Wenn ich nicht erreiche, dass mehr Arbeitsplätze geschaffen werden, hilft mir die Höherqualifikation der Arbeitslosen ziemlich wenig. Wir brauchen in Österreich einen „New Deal“ und neue Arbeitszeitmodelle. Das Arbeitsmarktservice (AMS) sollte nicht nur Arbeitsplätze vermitteln, sondern Arbeitszeitkonten. Dass Menschen über 50 auf freiwilliger Basis einen Teil ihrer Arbeitszeit hergeben, damit junge Menschen, die noch mehr Energie haben, ebenfalls einen Arbeitsplatz bekommen. Einen „New Deal“ könnte ein kleines Land wie Österreich auch mit nachhaltigen Verbesserungen im Bildungswesen in Angriff nehmen, von der Vorschulerziehung zu den Universitäten. Ein Großprojekt, das sehr viele Arbeitsplätze schaffen

würde, wäre eine generalstabsmäßig geplante thermische Gebäudesanierung in Österreich. Das würde in einer Zehn-Jahres-Periode etwa 100.000 Jahresarbeitsplätze schaffen, weil thermische Gebäudesanierung sehr arbeitsintensiv ist und nicht von Maschinen erledigt werden kann. Ein anderes Großprojekt wäre eine langfristige Verbesserung der Altenbetreuung.

KOMPETENZ: Müsste nicht auch für die Familien an Steuerschrauben gedreht werden, damit sie gewisse Erleichterungen spüren?

Schulmeister: Den Familien wäre viel mehr gedient, wenn die Qualität der öffentlichen Dienstleistungen besser wird. Das Angebot an Kindergärten, die Qualität der Betreuung, die Integration der Kinder mit Migrationshintergrund in den Volksschulen. Das finde ich effektiver und auch sozialer, als wenn ich es über Geldleistungen mache. Wenn ich allgemein die Familienbeihilfe erhöhe, geschieht das ganz unabhängig von den Bedürftigkeiten. In diesen Bereichen wäre eine kleine Akzentverschiebung im österreichischen Sozialstaat in Richtung auf das skandinavische Modell durchaus empfehlenswert: mehr reale Leistungen etwa in der Kinder- oder Altenbetreuung und weniger monetäre Transfers. ■

Infos zur Person

Der Ökonom Stephan Schulmeister ist seit 1972 als wissenschaftlicher Mitarbeiter beim österreichischen Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) in den Bereichen Prognose, Wirtschaftsentwicklung, Finanzmärkte und internationaler Handel tätig.

Kommentar



© Nuri/Wagner-Strauss

Gegensteuern

Kapitalerträge wachsen schneller als die Wirtschaft. Die Ungleichverteilung steigt weiter an.

von Wolfgang Katzian

Das Wort Steuern bedeutet nicht nur Abgaben, sondern nicht zufällig auch lenken. Indem der Staat Steuern einhebt und damit staatliche Maßnahmen finanziert, greift er lenkend ein und gestaltet Politik. Der Staat kann das in unserem Sinne tun, indem er durch Steuern umverteilt und soziale Ungleichheit verringert. Oder aber der lenkende Eingriff bewirkt das Gegenteil von dem, was wir uns wünschen und erhöht soziale Ungerechtigkeit.

Der französische Ökonom Thomas Piketty analysiert in seinem im Herbst erscheinenden Buch „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ die weltweite Verteilung von Einkommen und Vermögen über einen langen Zeitraum, und kommt dabei zu interessanten Schlussfolgerungen, die die Bedeutung eines umverteilenden Steuersystems unterstreichen. Bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts waren Einkommen und Vermögen in Europa überaus ungleich verteilt. Das Wirtschaftswachstum war gering. Vereinfacht gesagt, gab es wenige Reiche, die von Kapitaleinkünften lebten und viele Arme ohne Besitz und mit kaum Einkommen. Eine Mittelschicht war de facto nicht vorhanden.

Die großen Vermögensungleichheiten wurden zwischen 1914 und 1945, durch Kriege, Inflation und Verstaatlichungen verringert. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden zudem in den meisten Industriestaaten neben wohlfahrtsstaatlichen auch steuerliche Maßnahmen eingeführt, die auf eine faire Verteilung abzielten – unter anderem progressive Einkommenssteuern mit Spitzensteuersätzen bis 90 Prozent. Die Kapitalerträge wuchsen nicht stärker als die Wirtschaftsleistung und die Ver-

der Ungleichheit. Piketty kommt zu dem dramatischen Schluss, dass wir im 21. Jahrhundert auf eine Verteilungssituation ähnlich der im 19. Jahrhundert zusteuern, in der auch die „besitzende Mittelschicht“ im Schrumpfen begriffen ist und einige wenige immer reicher werden. Der weltweite Steuersenkungswettbewerb bei Gewinn- und Vermögenssteuern hat diese Entwicklung noch begünstigt.

In dieser Situation sind progressive Steuern auf große Vermögen beinahe die zwingende Konsequenz. Denn, dass einige wenige immer reicher werden, stößt vielen Menschen nicht nur in Österreich übel auf. Dass die Dominanz von ererbtem Vermögen den sozialen Aufstieg durch Arbeit und Leistung immer schwieriger macht, spüren die Menschen am eigenen Leib. Reich wird man durch Erben und nicht durch Arbeit.

In der Bevölkerung ist daher die Idee von Steuern auf große Vermögen überaus beliebt. Daran können auch zweifelhafte Studien über Millionäre, die angeblich zum Mittelstand gehören, nichts ändern. Deswegen sollte sich auch die Regierung bewusst sein. ■

Steuern auf große Vermögen sind die zwingende Konsequenz der herrschenden Verteilungsungleichheit.

teilung blieb bis in die 80er-Jahre relativ konstant. Eine breite Mittelschicht entstand, die auch einen angemessenen Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand für sich beanspruchen konnte.

Diese Entwicklung hat sich seit den 80er-Jahren umgekehrt. Kapitalerträge wachsen wesentlich schneller als die Wirtschaftsleistung. Dadurch kommt es zu einer kontinuierlichen Umverteilung von Arbeits-einkommen zu Kapitaleinkommen und einem neuerlichen Anwachsen



Lore Hostasch ist 70

Wolfgang Katzian würdigt das Wirken der ehemaligen GPA-Vorsitzenden.

Lore Hostasch hat einen ganz wesentlichen Beitrag dafür geleistet, dass die GPA-djp in der heutigen Form das politische und soziale System in unserem Land mitgestaltet. Sie hat im Jahr 1989 – nach dem tragischen Unfalltod von Alfred Dallinger – den Vorsitz der GPA in einer schwierigen Situation übernommen und Verantwortung getragen. Durch ihr umsichtiges und gleichzeitig immer entschiedenes Handeln hat sie wichtige Weichenstellungen für die ArbeitnehmerInnen auf den Weg gebracht. Dieses Wirken fand Anerkennung über alle Parteigrenzen hinweg. Diesen Weg ist sie auch später

als AK-Präsidentin und Sozialministerin konsequent weitergegangen.

Im Rahmen der jüngsten Sitzung des GPA-djp-Bundesvorstandes hat Vorsitzender Wolfgang Katzian die Alfred-Dallinger-Medaille an Lore Hostasch überreicht. Katzian bedankte sich bei der Jubilarin für ihr Wirken innerhalb der Gewerkschaftsbewegung und merkte an: „Dass Lore Hostasch immer wieder vor den Gefahren eines dumpfen Populismus und Nationalismus gewarnt hat, sollte uns gerade heute in krisenhaften und politisch instabilen Zeiten eine Mahnung sein.“

Reichtumsticker

Der private Reichtum des reichsten Bevölkerungszehntels vermehrt sich fast dreimal so schnell wie jener des Restes. Das zeigt der vom oberösterreich. AK-Präsidenten Johann Kalliauer in Gang gesetzte „Reichtumsticker“, der auf Berechnungen von ForscherInnen der Uni Linz basiert. Rund 380.000 Haushalte besitzen mit 920 Mrd. Euro mehr als zwei Drittel des Vermögens und werden stündlich um rund 3,2 Mio. Euro reicher. Die 90-prozentige Bevölkerungsmehrheit – rund 3,4 Mio. Haushalte – besitzt ein Drittel, insgesamt etwa 410 Mrd. Euro. Dieses wächst mit rund 1,2 Mio. Euro pro Stunde viel langsamer. Infos unter: www.ooe.arbeiterkammer.at

Schlechtere Verträge bei TeamPrevent

Unter dem Motto „Gesund und sicher arbeiten“ bietet die Firma TeamPrevent Dienstleistungen und Beratungen durch ArbeitsmedizinerInnen und SicherheitstechnikerInnen an. Doch mit den eigenen Leuten springt man alles andere als „gesund und sicher“ um: Im Mai wurden alle 26 Beschäftigten beim AMS zur Änderungskündigung angemeldet. Gleichzeitig wurden ihnen neue Arbeitsverträge angeboten, mit gravierenden Verschlechterungen wie 10–15 Prozent weniger Gehalt.

Eine Betriebsversammlung unter Beisein der GPA-djp brachte keine Lösung. Mittlerweile wurden die Kündigungen bei allen MitarbeiterInnen ausgesprochen, die über keinen besonderen Kündigungsschutz verfügen. Es herrscht großer Druck, die verschlechterten Verträge anzunehmen oder das Unternehmen zu verlassen. Mit einigen wird individuell nachverhandelt. „Das ist erstaunlich, denn das Hauptargument für die Vertragsveränderungen war die Vereinheitlichung“, kritisiert Betriebsratsvorsitzender Christian Walasek. Pikantes Detail am Rande: Nachdem zwei Arbeitspsychologinnen die Kündigung erhielten wurde im Juli eine neue Kraft eingestellt, mit zwei ArbeitsmedizinerInnen wird verhandelt – auf Werkvertragsbasis.



Warum Steuern wichtig sind

Mit Steuereinnahmen erfüllt der Staat zentrale soziale und infrastrukturelle Aufgaben. Vermögensbezogene Steuern würden Investitionen sichern, ohne das Wirtschaftswachstum zu bremsen.

von Lucia Bauer

Behauptung: Der Staat saugt uns aus und unsere Steuern verschwinden einfach in einem Loch. Je weniger wir Steuern zahlen, umso besser.

Faktencheck: Steuern und Abgaben sind unbedingt notwendig. Sie haben in einer Gesellschaft wichtige Aufgaben zu erfüllen. Sie geben dem Staat jene Mittel in die Hand, die er braucht, um seine Aufgaben zu erfüllen: zum Beispiel ein funktionierendes Strom-, Verkehrs- und Trinkwassernetz und ein kostenloses, frei zugängliches Bildungssystem. Darüber hinaus werden Steuermittel auch gebraucht: für ein solidarisches Gesundheitssystem, für Pensionen, die den Lebensstandard sichern, sowie für die Betreuung und Pflege für älterer Menschen und Kinder.

Mit Steuern und Abgaben werden Sozialleistungen finanziert, die nicht lukrativ, jedoch für viele Menschen im wahrsten Sinne lebensnotwendig sind. Wer einen gut ausgebauten

Sozialstaat mit seinen stabilisierenden sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen haben will, der muss auch bereit sein, Steuern und Beiträge zu zahlen. Wer reich genug ist, kann sich selbst mit seinem Vermögen gegen wirtschaftliche und soziale Risiken absichern und Dienstleistungen nach Bedarf zukaufen. Die Mehrheit der Bevölkerung erhält diese Absicherung jedoch erst durch den Sozialstaat. Aus Steuern und Abgaben finanzierte staatliche Leistungen erhöhen die Chancengleichheit, indem sie unabhängig von der Herkunft die Aufstiegschancen verbessern. In Österreich muss man nicht – wie beispielsweise in den USA – nach einer schweren Krankheit Privatkonkurs anmelden.

Behauptung: Steuersenkungen führen generell dazu, dass allen mehr Geld übrig bleibt.

Faktencheck: Diese Behauptung stimmt leider nur bedingt, denn es

kommt ganz wesentlich darauf an, welche Steuern gesenkt werden. Der ÖGB fordert deshalb ganz bewusst eine Senkung der Lohnsteuer mit Gegenfinanzierung durch vermögensbezogene Steuern. Neben der Versorgung mit öffentlichen Dienstleistungen haben Steuern auch eine wichtige umverteilende Funktion. Indem diejenigen, die mehr verdienen, mehr Steuern bezahlen, passiert ein wichtiger gesellschaftlicher Ausgleich. Einkommensunterschiede können so abgemildert und es kann verhindert werden, dass die Schere zwischen Arm und Reich weiter auseinander geht. Wichtiger als die generelle Senkung der Steuern ist daher die Verteilung der Steuerlast: zwischen Arm und Reich, zwischen Arbeit und Vermögen und zwischen ArbeitnehmerInnen und Unternehmen. Dass radikale Steuersenkungen ohne Gegenfinanzierung äußerst problematisch sind, zeigt das Beispiel der USA. Dort wurde in den 80er-Jahren unter Präsident Ronald

Reagan der Spitzensteuersatz auf mickrige 28 Prozent beinahe halbiert. Die dadurch bedingten Einnahmenverluste überforderten das US-Haushaltsbudget massiv.

Bei der vom ÖGB geforderten Senkung der Lohnsteuer geht es daher nicht ausschließlich um die Entlastung, sondern auch um die Umverteilung der Steuern, weg von den ArbeitnehmerInnen hin zu Vermögenden und Unternehmensgewinnen.

Behauptung: Österreich hat im internationalen Vergleich eine überdurchschnittlich hohe Abgabenquote.

Faktencheck: Die angeblich viel zu hohe Steuerbelastung in Österreich wird hauptsächlich anhand der allgemeinen Abgabenquote kritisiert. Damit ist der Anteil der Steuern und Sozialversicherungsbeiträge in Prozent des Bruttoinlandsprodukts gemeint. Bei diesem Wert liegen wir im oberen Mittelfeld der Industriestaaten. Allerdings hat diese Abgabenquote für sich genommen wenig Aussagekraft. Denn sie sagt nichts darüber aus, welche gesellschaftlichen Gruppen in welcher Höhe Steuern zahlen und schon gar nicht, welche gesellschaftlichen Leistungen damit finanziert werden. Dazu kommt, dass auch die internationale Vergleichbarkeit dieser Quote generell in Frage gestellt werden kann. Es gibt Länder, in denen Privatpensions- oder Krankenversicherungsbeiträge verpflichtend geleistet werden müssen. Diese werden jedoch bei der Abgabenquote dieser Länder nicht berücksichtigt. Besonders häufig wird Österreich mit der Schweiz verglichen. Das wohlfahrtsstaatliche Niveau ist in beiden Ländern ungefähr gleich. Allerdings ist das Pensionssystem unterschiedlich strukturiert, weshalb die Pensionsbeiträge in der Schweiz nicht als Abgaben definiert und einberechnet werden.

Behauptung: Hohe Steuern und Abgaben sind ein Wettbewerbsnachteil. Länder mit einer niedrigen Abgabenquote sind daher automatisch erfolgreicher.

Faktencheck: Betrachtet man, welche Länder im internationalen Vergleich eine besonders hohe oder eine besonders niedrige Abgabenquote haben, dann erkennt man sofort, dass diese Behauptung nicht stimmen kann. Eine besonders hohe Abgabenquote haben beispielsweise die skandinavischen Länder. Diese stehen jedoch sowohl was den Lebensstandard als auch was die Wettbewerbsfähigkeit betrifft sehr gut da. Die niedrigsten Abgabenquoten in der EU haben dagegen

Mit Steuern und Abgaben finanziert der Staat Infrastruktur und soziale Investitionen.

Rumänien, die baltischen Staaten und Griechenland, also Staaten mit großen wirtschaftlichen Problemen und wachsender Armut. Schädlich für die Wirtschaft ist nicht eine hohe Abgabenquote, sondern im Gegenteil eine niedrige, weil es dann in der Regel an Investitionen in die Bildung und einer strategischen Industriepolitik mangelt. Investoren schauen nicht nur auf Abgabenquote, sondern auch auf Stabilität, Bildungsstand und Forschungsumfeld.

Behauptung: Niedrige Steuern schaffen Wirtschaftswachstum. Höhere Steuern bremsen das Wachstum.

Faktencheck: Beides stimmt in dieser vereinfachten Form nicht. Niedrige Steuern und Abgaben sind kein automatischer Garant für Konsum und Wachstum. Senkt man die Steuern und Abgaben, müssen auch die Versorgungsleistungen des Staates eingeschränkt werden. Für viele Haushalte bedeutet das, dass ihr

Einkommen sinkt. Das wiederum führt zu reduzierter Kaufkraft. Selbst wenn bei einigen Besserverdienenden die Nettoeinkommen steigen, stehen dem sinkende Einkommen vieler NiedrigverdienerInnen gegenüber. Gerade die Menschen mit kleineren Einkommen sind es jedoch, die den größten Anteil ihres Einkommens unmittelbar wieder konsumieren (müssen). Eine Senkung der Steuer- und Abgabenquote kann also zu einer Dämpfung des privaten Konsums führen. Es ist daher wichtig, nicht nur Einkommenssteuern zu senken, sondern die Steuersenkung auch gegenzufinanzieren, damit der Staat seine Leistungen für die Bevölkerung aufrechterhalten kann. Das kann ohne Schaden für die Wirtschaft passieren: durch Steuern auf Substanzvermögen, das gebunkert statt investiert wird.

Behauptung: In Österreich sind die Unternehmenssteuern zu hoch.

Faktencheck: Diese Behauptung ist besonders problematisch. Denn sie hat dazu geführt, dass Österreich sich auf das internationale Steuerdumping bei den Unternehmenssteuern eingelassen hat und 2005 den Steuersatz bei den Gewinnsteuern von 34 auf 25 Prozent gesenkt hat. Gemeinsam mit dem Gestaltungsspielraum durch die Gruppenbesteuerung hat das dazu geführt, dass die Einnahmen aus der Gewinnsteuer in Österreich äußerst niedrig sind: 2012 kamen 5,2 Prozent aller Steuereinnahmen (OECD-Schnitt 8,6 Prozent) aus den Gewinnsteuern. Laut Unternehmensmonitor der AK (einer Analyse der Jahresabschlüsse) beträgt die effektive Steuerleistung österreichischer Großunternehmen nur 19 Prozent. Die durchschnittliche Belastung der Löhne und Gehälter ist im Vergleich dazu doppelt so hoch.





Neuer Online-Auftritt der GPA-djp

Auf der neu gestalteten Website kommen Mitglieder, BetriebsrätInnen und Interessierte rascher und einfacher zu Informationen.

von Elisabeth Schnallinger und Jonas Müller

Seit Anfang Juni präsentiert sich die GPA-djp im Internet in einem neuen Gewand. Beim Design blieb kein Stein – oder treffender gesagt kein Pixel – auf dem anderen. Auch in Sachen Aufbau und Navigation haben wir viele Dinge verändert. Zwei Ziele standen bei allen Änderungen, Adaptionen und neuen Funktionen im Vordergrund: Alle Informationen sollen von den NutzerInnen rasch gefunden und gesichert werden können. Gleichzeitig war es unser Anspruch, die Homepage optisch ansprechend und zeitgemäß zu gestalten. Der Online-Start am 5. Juni 2014 war der Abschluss eines über eineinhalbjährigen Gestaltungsprozesses, den auch Mitglieder und BetriebsrätInnen maßgeblich beeinflusst haben.

Blick zurück

Im April 2013 endete eine umfangreiche BetriebsrätInnen-Befragung, die wertvolle Erkenntnisse über die Wünsche an das Online-Angebot von Mitgliedern und BetriebsrätInnen lieferte. Gleichzeitig unterzogen wir

die Navigation der alten Homepage einer Prüfung, indem wir ExpertInnen und internetaffine Mitglieder darum baten, bestimmte Inhalte zu suchen und zu finden. Dabei zeichneten wir die „Klickwege“ der Teilnehmenden auf, was ebenfalls sehr aufschlussreich war. Zu guter Letzt wurden auch die technischen Systeme, sozusagen das Gerüst unseres Online-Angebots, eingehend auf ihre Zukunftsfähigkeit geprüft.

Grundsätzlich waren die Befragten zufrieden, besonders hervorgehoben wurde der gute Informationsgehalt der GPA-djp-Homepage. Verbesserungspotenzial wurde bei der Suche und beim Aufbau der Seite ausgemacht. Das Angebot für BetriebsrätInnen umfasste neben der öffentlich zugänglichen Seite auch die sogenannten BR-Plattformen mit spezifischen Informationen rund um die KV-Verhandlungen. Interessierte mussten also zwei Seiten ansteuern, um zu allen Informationen zu gelangen. Auf der neuen Seite sind die ehemaligen BR-Plattformen so integriert

worden, dass sie nach dem Login im Menüpunkt „Kollektivvertrag“ natürlicher Teil der Seite sind, ohne dass auf relevante Informationen verzichtet werden muss. BetriebsrätInnen werden nach dem Login auch direkt auf der Startseite die drei aktuellsten Artikel aus Ihrer Branche angezeigt.

Weniger Klicks und neue Funktionen

Eine große Herausforderung bei der Umgestaltung der Internetseite war unser Anspruch, dass man in Zukunft mit weniger Klicks zum gewünschten Inhalt kommt. Die Lösung liegt im themenbezogenen Aufbau der neuen Seite, der gleichzeitig auch den größten Bruch im Vergleich zur Vorgängerin darstellt.

Über den Menüpunkt „Berufsleben“ erreichen unsere Mitglieder und BetriebsrätInnen, aber auch alle anderen an der GPA-djp Interessierten, vom Berufseinstieg über Arbeitsrecht und Arbeitsqualität

bis zur Pension schnell alle wichtigen Themen, mit denen wir uns als Gewerkschaft tagtäglich beschäftigen. Ergänzt wird das Hauptmenü der Internetseite durch die Punkte „Mitgliedschaft“ und „Betriebsratservice“ mit denen wir uns direkt an unsere wichtigsten Zielgruppen

Auf der neuen Website der GPA-djp sind Informationen und Themen einfacher auffindbar.

wenden. Im Navigationsmenü „Über uns“ finden sich Aktionen und die Vorstellung der Organisation.

Neben einer veränderten Suchfunktion, die die Ergebnisse sortiert ausgibt, und vielen kleinen Adaptationen gibt es auf der neuen Seite auch eine persönliche Merkliste. Sobald man eingeloggt ist, können dieser Liste Artikel, Broschüren, usw. hinzugefügt werden und sind somit in Zukunft besonders schnell erreichbar.

Mobile Seite

Tablets und Smartphones haben in den vergangenen Jahren einen Siegeszug gefeiert und das Online-Verhalten der Menschen verändert. Mit den neuen Geräten wird mehr gesurft und dieser Entwicklung trägt auch die GPA-djp Rechnung. Das Grunddesign der neuen Homepage ist so konzipiert, dass die Navigation auch von einem Tablet aus leicht fällt. Für Smartphones wurde ein eigenes Design entwickelt. Damit kann mit

ein paar wenigen Einschränkungen auch von kleinen Geräten aus das komplette Online-Angebot der GPA-djp genutzt werden.

Videos, Kontakt

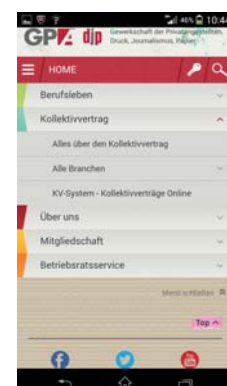
Zum Online-Start der neuen Internetseite haben wir zwei kurze Videos gedreht, die Sie direkt auf der Startseite finden. Fragen und Rückmeldungen unter:

i-media@gpa-djp.at
www.gpa-djp.at

Die neue Startseite der GPA-djp im Internet ist übersichtlich strukturiert.



Die Inhalte der Website sind auch mit dem Handy leicht aufrufbar.





© WirtschaftsBlatt / picturedesk.com

Großbaustelle Elektromarkt

Beschäftigte bestätigen Taschenkontrollen und arbeitsrechtliche Defizite bei MediaMarkt und Saturn.

von Litsa Kalaitzis

Nachdem Taschenkontrollen und Leibesvisitationen in einem MediaMarkt für Aufregung sorgten, bedauerte die Geschäftsführung den angeblichen Einzelfall – die GPA-djp wollte es aber wissen und befragte alle Beschäftigten in Österreich. Das Ergebnis: Diese klar gesetzeswidrigen Kontrollmaßnahmen scheinen wie Verstöße gegen KV und Arbeitszeitgesetz keine Seltenheit im Konzern zu sein. Viel zu tun also für die GPA-djp, die sich dieser Herausforderung gerne stellt.

Wie Kriminelle, mit im Nacken verschränkten Händen, mussten Beschäftigte des MediaMarkt Krems nach Dienstschluss im Stiegenhaus warten, bis ein Detektiv ihre Jacken und Taschen kontrollierte. Die GPA-djp forderte den Konzern auf, derart illegale Praktiken sofort zu stoppen: „Taschenkontrollen sind nur mit Betriebsvereinbarung zulässig. Gibt es keinen Betriebsrat, müssen sie mit den ArbeitnehmerInnen vereinbart sein und können jederzeit ohne Angaben von

Gründen widerrufen werden“, fasst Karl Proyer, stv. GPA-djp-Bundesgeschäftsführer, zusammen.

Offensichtliche Defizite

Die GPA-djp befragte im Frühjahr alle 2.400 MediaMarkt- und Saturn-Beschäftigten. Die Rücklaufquote war mit 15 Prozent gut, nicht so die arbeitsrechtlichen Bedingungen, die geschildert wurden: Jede/r Zehnte gibt an, Taschenkontrollen erlebt zu haben, fast ein Viertel bestätigt Leibesvisitationen. Zwei Drittel geben an, dass die vereinbarte Arbeitszeit nicht eingehalten wird, mehr als 60 Prozent, dass Arbeiten vor und nach der Öffnungszeit nicht bezahlt werden, wie es der KV vorschreibt.

„Wenn Leibesvisitationen und Taschenkontrollen nicht aufhören, werden wir Gebietskrankenkassen und Arbeitsinspektorat einschalten“, erklärte GPA-djp-Chef Wolfgang Katzian bei der Präsentation der Umfrage – wenige Tage später bestätigten Betroffene, dass die Misstrauenskultur bei MediaMarkt

und Saturn weitergelebt wird: PromotorInnen, die Produktwerbung für andere Firmen in den Filialen machen, mussten beim Gehen ihre Taschen herzeigen. Augenzeugen berichten, dass derartige Kontrollen sogar bei der Information im Kundenbereich erfolgen. Unbeteiligte Kunden bekamen Einblick in die Taschen der Betroffenen.

Die Geschäftsleitung, die argumentiert ausschließlich gesetzeskonform zu agieren, fand es bis Redaktionsschluss dieser Ausgabe nicht der Mühe wert, das Dialog-Angebot der GPA-djp anzunehmen, um die immer länger werdende Liste der offensichtlichen Defizite gemeinsam auszuräumen. „Hier haben wir es mit einer gewerkschaftlichen Großbaustelle zu tun, aber wir scheuen die Auseinandersetzung mit dem Management nicht“, kündigen Proyer und Katzian maximale Unterstützung an: „Die Betroffenen können sich auf uns verlassen – auch bei der Gründung eines Betriebsrats, den sich neun von zehn Beschäftigten wünschen!“ ■



Studieren und arbeiten

Ein Studium ist für die Mehrheit der StudentInnen nur mit begleitender Erwerbstätigkeit leistbar.

Immer mehr Studierende müssen sich ihr Studium auch finanziell erarbeiten, das bestätigt eine Umfrage der Österreichischen HochschülerInnenschaft und der GPA-djp-Jugend mit rund 6.500 Betroffenen: 84 Prozent der Befragten gehen einer regelmäßigen Beschäftigung nach, der Anteil ist seit dem vorigen Bericht zur sozialen Lage der Studierenden weiter gestiegen. Arbeit und Nebenjobs dienen in erster Linie der Finanzierung des Lebensunterhalts. Trotzdem kommen 59 Prozent nicht

allein zurecht und sind auf weitere Unterstützung durch die Eltern bzw. auf Beihilfen angewiesen.

Die GPA-djp-JugendsekretärInnen Barbara Kasper und Helmut Gott-hartsleitner wollen Studierende durch eine Erhöhung der Studien-beihilfe besser absichern. Auch die Beschäftigungsverhältnisse der Studierenden sollen regelmäßig arbeitsrechtlich überprüft werden.

Infos unter: www.oeh.ac.at

10 Jahre BAGS-KV

Seit zehn Jahren gilt der BAGS-Kollektivvertrag für die österreichische Sozial- und Gesundheitsbranche und sorgt seither für eine Vereinheitlichung der Löhne/Gehälter und des Rahmenrechts in der Branche. Mittlerweile gilt der Kollektivvertrag für etwa 100.000 ArbeitnehmerInnen und schafft für 60 Sozialberufe Mindeststandards, die nicht unterschritten werden dürfen.

Eine von der Sozialökonomischen Forschungsstelle durchgeführte Evaluierung über den BAGS-KV bestätigt, dass durch die einheitlichen Standards für alle ArbeitnehmerInnen im Sozialbereich Lohndumping verhindert und das Branchenbewusstsein sowie der Zusammenhalt gestärkt werden.

Watchlist Praktikum

PraktikantInnen können ab sofort „schwarze Schafe“ unter den Dienstgebern im Internet aufdecken und melden. Die Online-Plattform watchlist-praktikum.at bietet die Möglichkeit, Missstände bei Praktika anonym aufzuzeigen. Im Rahmen der Plattform können Betroffene anonym über ihre Erfahrungen während eines Praktikums berichten. Die gesammelten Daten werden schließlich an die Gebietskrankenkassen weitergeleitet, die den jeweiligen Fall genau prüfen und Unternehmen gegebenenfalls auch strafen können. Missbräuche durch Arbeitgeber sollen so eingedämmt werden.

Veronika Kronberger von der GPA-djp Interessengemeinschaft work@flex ist die Vorsitzende der „Plattform Generation Praktikum“ und hat die Anlaufstelle für PraktikantInnen mit Unterstützung des Sozialministeriums und der GPA-djp ins Leben gerufen. „Die Plattform soll dazu dienen, die Rechte von jungen Menschen in der Arbeitswelt durchzusetzen, damit sie die Leistungen bekommen, die ihnen für ihre Arbeit auch zustehen.“

Infos unter:
watchlist-praktikum.at





© wildbild

Gerald Forcher (ganz rechts oben) mit sechs der neu gewählten Lidl-BetriebsrätInnen.

Frisch und energiegeladen

Bei Lidl wurde ein Betriebsrat gegründet. Voll Tatendrang geht es nun mit Hilfe der GPA-djp in wichtige Schulungen.

von Christian Resei

Eine starke Kooperation, ein gelungener Auftritt. Mit der konstituierenden Sitzung Anfang Juli ist der Lidl-Betriebsrat nun offiziell in Amt und Würden.

Die Initiative dafür kam ursprünglich von der GPA-djp, die mit der Lidl-Geschäftsführung in Kontakt trat und erklärte: „Ihr seid kein unwesentliches Handelsunternehmen in Österreich, habt aber im Vergleich zu Unternehmen wie etwa Spar oder der Rewe-Gruppe keinen Betriebsrat“,

berichtet Gerald Forcher, Regionalgeschäftsführer der GPA-djp Salzburg. Gemeinsam mit dem stellvertretenden Bundesgeschäftsführer Karl Proyer leitete er die Gespräche mit der Geschäftsführung von Lidl. Einfache Frage: „Wie würde das aussehen, wenn wir einen Betriebsrat gründen würden?“ Klare Antwort: Die Geschäftsführung nahm das Angebot wohlwollend zur Kenntnis und meinte, dass sie nichts zu verbergen habe. Die weitere Vorgehensweise wurde mit dem Unternehmen

abgesprochen: „Das waren wirklich zielgerichtete Gespräche“, erinnert sich Forcher. Probleme, wie es sie bei Lidl in Deutschland gab – seien es die arbeitsrechtlichen Schwierigkeiten oder die MitarbeiterInnen-Überwachung –, sind in Österreich nicht bekannt. „Das fand in Österreich nicht statt. Darüber haben wir im Laufe der vergangenen Jahre nichts erfahren“, weiß Forcher. Lidl Österreich ist deutlich bemüht, sich von diesem Schatten der deutschen Skandale abzugrenzen.

Bezahlung über dem KV

So verdienen seit 1. Jänner 2014 die Lidl-MitarbeiterInnen beispielsweise mehr als im Kollektivvertrag vereinbart. Das Einstiegsgehalt wurde erhöht, gezahlt wird auf Industriestandard. Im Handel werden laut Kollektivvertrag 1.450 Euro gezahlt, ab 1.1.2015 wird das Einstiegsgehalt auf 1.500 Euro erhöht, bei Lidl werden 1.850 Euro bezahlt. Lidl will die MitarbeiterInnen binden. Denn es ist auch für ein Unternehmen teuer, wenn MitarbeiterInnen nach einer längeren Einschulungsphase so unzufrieden sind, dass sie die Firma wieder verlassen. Mehr Geld und attraktivere Arbeitsbedingungen für die ArbeitnehmerInnen lohnen sich auf Dauer auch für das Unternehmen.

Ein erster Schritt für die Errichtung eines Betriebsrates war ein gemeinsam verfasster Brief von Lidl-Österreich-Geschäftsführer Alexander Deopito und GPA-djp-Vorsitzendem Wolfgang Katzian. Das Schreiben informierte die MitarbeiterInnen über die geplante Betriebsratswahl und lud die Belegschaft herzlich ein, sich für eine Kandidatur zu melden. Das Echo war groß. Gerald Forcher: „Für uns war überraschend, dass sich so viele Leute als Folge des Briefs gemeldet haben.“

Hohes Engagement

Einer von ihnen ist Michael Wörthner. „Ich bin sehr kommunikativ und kenne das Unternehmen auch von mehreren verschiedenen Seiten“, beschreibt er seine Ambitionen. Wörthner ist eigentlich gelernter Tapezierer, musste seinen ursprünglichen Beruf aber aus gesundheitlichen Gründen aufgeben. Inzwischen hat er eine Abendschule absolviert und die Matura nachgeholt. Ende 2007 wurde Wörthner Lidl-Filialleiter und wechselte danach in die

Unternehmens-Zentrale. Anfang Juli ist er zum Betriebsratsvorsitzenden gewählt worden.

Für alle Filialen in ganz Österreich ist eine Betriebsratskörperschaft zuständig, bestehend aus 21 aktiven BetriebsrätInnen und zehn ErsatzbetriebsrätInnen. Drei BetriebsrätInnen sind von ihrem Dienst freigestellt. Gerald Forcher: „Wir sind gut aufgestellt, weil wir so gut wie alle Regionen in Österreich abdecken.“ In diesem Zusammenhang gibt es jedoch eine besondere Herausforderung. Bis dato war noch niemand der Lidl-Belegschaft in einem Betriebsrat tätig.

Im Lidl-Betriebsrat haben sich sehr engagierte KollegInnen zusammengefunden.

Newcomer als Betriebsräte

„Wir sind alle neu. Deshalb wollen wir den Betriebsrat aufbauen und sattelfest machen“, erklärt Doris Migsch, sie ist die stellvertretende Vorsitzende des Betriebsrats. Ihre Tätigkeit bei Lidl startete Migsch 1999 als Kassiererin im 21. Bezirk in Wien, 2008 wurde sie Filialleiterin. „Ich bin schon sehr lange im Unternehmen. Habe viel Auf- und Umbau miterlebt.“ Migsch hat eine Lehre als Schuhverkäuferin hinter sich und war danach einige Jahre bei Hofer tätig. „Von der Arbeit her, ist es bei Lidl ziemlich ähnlich und somit habe ich mir dann leicht getan.“

Mit den Jahren sind die Aufgaben in den Filialen immer umfangreicher geworden. Frisches Gebäck wird nun in den Geschäften gebäcken und auch Fleischvitrinen müssen inzwischen betreut werden. Für Migsch war es sehr wichtig, die Unterstützung der GPA-djp zu haben. „Die Zusammenarbeit mit

der GPA-djp war ganz toll. Sie ist hinter uns gestanden und hat uns mit E-Mails am Laufenden gehalten. Ich war sehr begeistert, dass unsere Ansprechpartner Mario Ferrari und Alois Bachmeier auf jede Frage eine Antwort wussten.“

Nächster Punkt Schulung

Mit den Basisschulungen im September wird an der Sattelfestigkeit nicht zu rütteln sein. Doris Migsch und ihre KollegInnen vertreten rund 3.900 MitarbeiterInnen. „Ich freue mich extrem auf die Aufgabe und bin voller Tatendrang, wieder etwas Neues zu erleben und zu schaffen“, sagt die stellvertretende Betriebsratsvorsitzende. Gemeinsam mit Regionalsekretär Mario Ferrari betreut Alois Bachmeier, er ist stellvertretender Regionalgeschäftsführer der GPA-djp Wien, die Wiener Lidl-BetriebsrätInnen:

„Wir haben den Prozess der Betriebsratsgründung mit unterstützt und haben sehr engagierte KollegInnen gefunden.“

Nun wird darauf geachtet, dass die BetriebsrätInnen das nötige Rüstzeug für ihre Aufgabe erlernen. Bachmeier: „Kennt der Betriebsrat seine Möglichkeiten nicht, kann er die Interessenvertretung nicht korrekt wahrnehmen. Entweder schießt er über das Ziel hinaus oder lässt vieles unberücksichtigt.“ Denn das Vis-à-vis in der Firma hat in der Regel eine fundierte arbeitsrechtliche Ausbildung. Das Arbeitsrecht ist eine Besonderheit, denn der Dienstgeber hat zwar grundsätzlich das Hausrecht, aber der Betriebsrat kann stark eingreifen, weil er das Überwachungsrecht wahrnehmen darf. Außerdem kann er bei Dritten intervenieren. Bachmeier ist überzeugt: „Das wird auf jeden Fall etwas Gutes, die Leute bei Lidl haben ein hohes Engagement und wir sind glücklich darüber.“ ■



Den Beschäftigten im Hotel- und Gastgewerbe reicht es.

© dewi

Wie Zitronen ausgequetscht!

Rund 200.000 Beschäftigten im Hotel- und Gastgewerbe warten vergeblich auf ihre wohlverdiente Lohn- und Gehaltserhöhung.

von Litsa Kalaitzis

Die KV-Verhandlungen liegen seit April auf Eis, nachdem die Arbeitgeber sich auch in der dritten Runde geweigert haben, über bundesweit einheitliche Lohn- und Gehaltserhöhungen zu verhandeln, wie vida und GPA-djp das fordern. „Gespräche über eine Einkommenserhöhung hätte es nur gegeben, wenn wir zuvor massiven Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen zugestimmt hätten“, berichten die Verhandlungsführer Rudolf Komaromy (vida) und Alfred Gajdosik (GPA-djp). Konkret ging es um eine Verkürzung der Nachtruhezeit von derzeit elf auf acht Stunden auf gesetzlicher Ebene sowie um eine massive Ausweitung der Durchrechnungszeiträume auf sechs Monate, was für die Beschäftigten noch weniger Erholung und weniger Kontrollmöglichkeit ihrer Arbeitszeitvergütung bedeutet. „Da geht es um eine Gesetzesänderung, das hat mit dem Kollektivvertrag nichts zu tun! Ich verhandle

seit 30 Jahren, und zum ersten Mal bin ich wirklich sprachlos über das Verhalten der Arbeitgeber“, so Gajdosik. „Dieses inakzeptable Ansinnen erweckt den Eindruck, dass die Arbeitgeberseite nie vorgehabt hat, einen Gehaltsabschluss herbeizuführen“, ergänzt Komaromy.

Öffentlicher Protest

Bereits im Mai gab es ersten öffentlichen Protest: Unter dem Motto „Beschäftigte nicht wie Zitronen ausgequetschen“ forderten mehr als 200 Betroffene, Funktionärinnen und Sympathisantinnen im Rahmen der Badener Tourismusgespräche lautstark das Zurück an den Verhandlungstisch. „Solche Diktate sind ein Skandal, das ist kein Verhandlungsstil und respektlos – wer Sozialpartnerschaft ernst nimmt, der muss anders handeln!“, brachte es Karl Proyer, stv. Bundesgeschäftsführer der GPA-djp, auf den Punkt. Weil nachfolgende

Sondierungsgespräche der Verhandlungsleiter genau so ergebnislos blieben wie eine Verhandlung mit Arbeitgeber-VertreterInnen der Bundesländer, bleibt den Gewerkschaften im Kampf um eine faire Einkommenserhöhung für die rund 200.000 Beschäftigten (darunter rund 25.000 Angestellte) und 10.000 Lehrlinge keine Alternative, als öffentlich Druck zu machen für ihre zentralen Forderungen: schrittweise Anhebung von Mindestlohn bzw. -gehalt auf 1.500 Euro im Rahmen eines modernen Lohn- und Gehaltssystems und bundesweit einheitliche Lohn- bzw. Gehaltstabellen.

„Die Arbeitgeber jammern immer, dass es nötig ist, das Image der Branche zu verbessern, aber wenn es dann um einen konkreten Schritt geht, werden die Beschäftigten regelrecht verhöhnt – das werden wir auch in öffentlichen Protestaktionen mitteilen!“, kündigen Komaromy und Gajdosik an. ■



Neuaufgabe der Pensions-Broschüre 2014

Voraussetzungen, Berechnungen und Leistungen im Überblick.

Das Jahr 2014 bringt wichtige Änderungen im Pensionsrecht. Durch die Einführung des Pensionskontos wird das Regelungsdickicht beseitigt, das sich in den vergangenen Jahrzehnten durch viele, sich gegenseitig überlagernde Reformen des Pensionssystems aufgebaut hat. Künftig wird die Ermittlung der Pensionshöhe für alle Versicherten besser nachvollziehbar sein: Das persönliche Pensionskonto wird Auskunft darüber geben, wie hoch die zu erwartende Pension sein wird, und wie sich etwa auch ein längerer Verbleib im Erwerbsleben auf die Leistungshöhe auswirkt.

Mit 2014 werden auch maßgebliche Änderungen im Bereich der krankheitsbedingten Pensionen wirksam, die auf dem Grundsatz Rehabilitation vor Pension basieren. Die Broschüre enthält ein Kapitel, das sich mit der Finanzierbarkeit und Zukunftsfähigkeit des bestehenden Systems auseinandersetzt und dabei auch die Argumente und Gegenentwürfe mancher wirtschaftsnaher Experten näher unter die Lupe nimmt.

Bestellung unter:
service@gpa-djp.at



Betriebliche Kollektivversicherung

Eine neue Broschüre der GPA-djp-Grundlagenabteilung und der Abteilung Sozialpolitik der AK Wien arbeitet das Themenfeld der betrieblichen Kollektivversicherung auf. Die Broschüre gibt einen grundlegenden Überblick über die Altersversorgungssysteme der Pensionskasse und der betrieblichen Kollektivversicherung. Sie verdeutlicht die Unterschiede zwischen diesen beiden Systemen und zeigt Wechselmöglichkeiten auf. Die Broschüre soll BetriebsrätInnen bei der Regelung der Altersversorgung im Betrieb unterstützen.

Bestellung unter: **service@gpa-djp.at**



Website Gesundheit und Arbeit

Gesundheit am Arbeitsplatz wird ein zunehmend wichtiges Thema. Die Anhebung des faktischen Pensionsantrittsalters, der Anstieg der psychischen Belastungen, um nur zwei Beispiele zu nennen, stellen die Betriebe vor große Herausforderungen.

Die Belegschaftsvertretungen und Sicherheitsvertrauenspersonen brauchen in dieser Situation die notwendigen Informationen und Werkzeuge, damit sie die Gesundheitsinteressen der Beschäftigten gut vertreten können.

Dabei kann die neue Internetplattform zum Thema Arbeit und Gesundheit, die von ÖGB, AK und ÖGB-Verlag betrieben und regelmäßig redaktionell betreut wird, wertvolle Unterstützung leisten. Die Website bietet umfangreiche Informationen zu den Themen ArbeitnehmerInnenschutz, psychische Belastungen, Verwendungsschutz, betriebliche Gesundheitsförderung und altersgerechte Arbeit. Außerdem enthält sie Muster-Betriebsvereinbarungen und Broschüren zum kostenlosen Herunterladen.

Infos unter:
www.gesundearbeit.at





Stärken. Mobilisieren. Durchsetzen.

Einladung zu den Bezirksforen der GPA-djp.

In den nächsten Monaten finden österreichweit die Bezirksforen der GPA-djp statt, bei denen alle dem jeweiligen Bezirk zugeordneten Mitglieder die Möglichkeit haben, sich über die neuesten Entwicklungen sowie über die gewerkschaftlichen Vorhaben zu informieren. An den Bezirksforen teilnahmeberechtigt sind alle in den jeweiligen Bezirken beschäftigten Mitglieder der GPA-djp. Ebenso teilnahmeberechtigt sind alle in den jeweiligen Bezirken wohnenden Mitglieder, Arbeitslose, Karenzierte, PensionistInnen und außerordentliche Mitglieder der GPA-djp. Falls Sie an „Ihrem“ Bezirksforum teilnehmen möchten, ersuchen wir Sie, Ihre Delegiertenkarte bei Ihrer zuständigen Regionalgeschäftsstelle anzufordern (spätestens zwei Wochen vor Beginn der jeweiligen Veranstaltung). Vorläufige Tagesordnung: Begrüßung, Berichte, Wahlen, Allfälliges.

Hinweis

Anträge und Wahlvorschläge müssen schriftlich – spätestens zwei Wochen vor der jeweiligen Veranstaltung – an die zuständige Regionalgeschäftsstelle, per Post oder per E-Mail, eingebracht werden.

Bezirksforen Burgenland

GPA-djp, 7000 Eisenstadt, Wienerstraße 7, Tel. 05 03 01-23047, -23051, burgenland@gpa-djp.at

Eisenstadt, Mattersburg, Oberpullendorf

13.11.2014, 18 Uhr, Wirtshaus Müllendorf, 7052 Müllendorf, SET-Straße 1

Neusiedl

20.11.2014, 18 Uhr, GH Schütz, 7121 Weiden, Pointgasse 2

Oberwart, Güssing, Jennersdorf

24.11.2014, 18 Uhr, Riegelbergerschenke, 7535 Rauchwart 224

Bezirksforum Kärnten

29.10.2014, 18 Uhr
GPA-djp, 9020 Kärnten, Bahnhofstraße 44/4, Tel.: 05 03 01-25000, kaernten@gpa-djp.at

Bezirksforen Niederösterreich

GPA-djp, 3100 St. Pölten, Gewerkschaftsplatz 1, Tel.: 05 03 01-22000, niederoesterreich@gpa-djp.at

Amstetten, Melk, Scheibbs

22.11.2014, 11–15 Uhr, Schloss Zeillern, 3311 Zeillern, Schloss-Str. 1

Gänserndorf, Hollabrunn, Korneuburg, Mistelbach, Tulln

7.10.2014, 17 Uhr, Blabolil-Heim, 2000 Stockerau, In der Au 1

Gmünd, Horn, Waidhofen/Th., Zwettl

2.10.2014, 18 Uhr, Gasthof Pichler, 3902 Vitis, Schremser Straße 9

Krems

16.10.2014, 15 Uhr, AK, 3500 Krems, Wiener Straße 24

Mödling, Baden

29.9.2014, 14 Uhr, AK, 2340 Mödling, Franz-Skribany-Gasse 6

Neunkirchen, Wr. Neustadt

11.11.2014, 18 Uhr, AK, 2620 Neunkirchen, Würflacherstraße 1

Schwechat, Bruck/Leitha

22.9.2014, 15–18 Uhr, AK, 2320 Schwechat, Sendnergasse 7

St. Pölten, Lilienfeld

23.10.2014, 16–19 Uhr, WirZhaus Zum Gwercher, 3100 St. Pölten-Stattersdorf, Schiffmannstraße 98

Bezirksforen Oberösterreich

GPA-djp, 4020 Linz, Volksgartenstraße 40, Tel.: 05 03 01-26000, oberoesterreich@gpa-djp.at

Braunau

3.12.2014, 18 Uhr, AK, 5280 Braunau, Salzburgerstraße 29

Eferding/Grieskirchen

20.10.2014, 18.30 Uhr, Gasthof Dieplinger, 4070 Brandstatt, Brandstatt 4

Freistadt & Urfahr-Umgebung

24.11.2014, 18.30 Uhr, AK, 4240 Freistadt, Zemannstr. 14

Gmunden

23.10.2014, 17 Uhr, Arbeiterheim, 4802 Ebensee, Schulgasse 4

Kirchdorf

7.11.2014, 18 Uhr, Gasthaus zum Bezirksgericht, 4594 Grünburg, Gerichtsstraße 3

Linz-Stadt

8.9.2014, 16 Uhr, AK, 4020 Linz, Volksgartenstraße 40

Linz Land

25.11.2014, 18 Uhr, Kürnberghalle, 4060 Leonding, Limesstraße 8–10

Perg

13.11.2014, 18 Uhr, Mühlviertler Hof, 4311 Schwertberg, Hauptstraße 10

Ried

22.9.2014, 18 Uhr, AK, 4910 Ried, Roseggerstraße 26

Rohrbach

29.10.2014, 18 Uhr, Bertlwiesers Wirtshaus, 4150 Rohrbach, Stadtplatz 34a

Schärding

23.9.2014, 18 Uhr, Landhotel, 4782 St. Florian a. Inn, St. Florian am Inn 18

Steyr

18.9.2014, 16 Uhr, Museum Arbeitswelt, 4400 Steyr, Wehrgrabeng. 7

Vöcklabruck

8.10.2014, 18.30 Uhr, AK/ÖGB, 4840 Vöcklabruck, Ferd.-Öttl-Straße 19

Wels

22.10.2014, 18 Uhr, AK, 4600 Wels, Roseggerstraße 8

Bezirksforum Salzburg

GPA-djp, 5020 Salzburg, Markus-Sitnikus-Str. 10, Tel.: 05 03 01-27000, salzburg@gpa-djp.at

19.3.2015, 18 Uhr, Hotel Brunauer, 5020 Salzburg, Elisabethstraße 45a

Bezirksforen Steiermark

GPA-djp, 8020 Graz, Karl-Morre-Straße 32, Tel.: 05 03 01-24000, steiermark@gpa-djp.at

Feldbach/Fürstenfeld

13.10.2014, 18 Uhr, ÖES Sportverein, 8350 Fehring, Brunn 40

Graz-Umgebung/Voitsberg

23.10.2014, 15 Uhr, ÖGB, 8020 Graz, Karl-Morre-Straße 32

Liezen

30.9.2014, 18.30 Uhr, GH, 8940 Liezen, Alpenbadstraße 2

Leibnitz/Deutschlandsberg

8.10.2014, 18.30 Uhr, Da Südsteirer, 8461 Obervogau, Obere Dorfstr. 18

Leoben/Bruck/Mürzzuschlag

17.11.2014, 16 Uhr, Restaurant Landskron, 8600 Bruck, Am Schiffertor 3

Murau/Murtal

16.9.2014, 18.30 Uhr, Gasthaus Zechner, 8750 Maria Buch–Feistritz, Maria Buch 8

Weiz/Hartberg

3.11.2014, 19 Uhr, Gasthaus Allmer, 8160 Weiz, Wegscheide 7 (Weizberg)

Bezirksforum Tirol

GPA-djp, 6020 Innsbruck, Südtiroler Platz 14–16, Tel.: 05 03 01-28000, tirol@gpa-djp.at

19.9.2014, 16 Uhr, ÖGB-Haus, 7. St. 6010 Innsbruck, Südtiroler Pl. 14–16

Bezirksforum Vorarlberg

GPA-djp, 6901 Bregenz, Reutegasse 11, Tel.: 05 0301-29000, vorarlberg@gpa-djp.at

8.10.2014, 18 Uhr, Rankweiler Hof, 6830 Rankweil, Ringstraße 25

Bezirksforen Wien

GPA-djp, 1034 Wien, Alfred-Dallinger-Platz 1, Tel.: 05 03 01-21000, wien@gpa-djp.at

BBAG 1 – Bezirk 1

19.11.2014, 15 Uhr, Erste Bank 1010 Wien, Petersplatz 7

BBAG 2 – Bezirke 2, 20

21.10.2014, 16.30 Uhr, ÖGB, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1

BBAG 3 – Bezirke 3, 11

5.11.2014, 14 Uhr, C3 (GPA-djp), 1030 Wien, Alfred-Dallinger-Platz 1

BBAG 4 – Bezirke 4, 5, 10

6.11.2014, 17 Uhr, WGKK, 10. St., 1100 Wien, Wienerbergstr. 15–19

BBAG 5 – Bezirke 6–9 und 19

18.9.2014, 17 Uhr, Haus der Begegnung, 1060 Wien, Otto-Bauer-Gasse 7

BBAG 6 – Bezirke 12, 23

14.10.2014, 17 Uhr, Mediaprint, 1230 Wien, Richard-Strauß-Str. 16

BBAG 7 – Bezirke 13–18

22.10.2014, 16.30 Uhr, Haus d. Begeg., 1150 Wien, Schwendergasse 41

BBAG 8 – Bezirke 21, 22

1.10.2014, 17 Uhr, Country & Sports Club, 1210 Wien, Steinheilgasse 4



© Gina Sanders - Fotolia.com

Betriebsratsvorsitzender
Wolfgang Polzinger hat
die Beschäftigten zur
Verzinsung...

Schwerarbeit für Pension anrechnen

Die GPA-djp Niederösterreich hat vor Gericht die Anerkennung von Schwerarbeitszeiten erwirkt und einem Mitglied so zu einem früheren Pensionsantritt mit geringeren Abschlägen verholfen.

von Elke de Buck-Lainer und Elisabeth Schubert, Rechtsschutz GPA-djp NÖ

Alfred B. (58) will nach einem langen und anstrengenden Erwerbsleben in Pension gehen. Der Angestellte stellt daher bei der Pensionsversicherungsanstalt (PVA) einen Antrag auf Überprüfung der Anspruchsvoraussetzungen, um zu sehen, zu welchen Bedingungen er in Pension gehen kann. Zugleich beantragt er das Vorliegen von Schwerarbeitszeiten festzustellen. Herr B. hat viele Jahre als Schweißer bei einem österreichischen Energieversorgungsunternehmen gearbeitet. Im Rahmen seiner Tätigkeit hat er Gas-Ortnetzleitungen und Gas-Hausanschlüsse hergestellt.

Obwohl die Arbeit als Schweißer körperlich sehr belastend war, wurde der Antrag von Alfred B. auf Feststellung von Schwerarbeitszeiten

von der PVA mit Bescheid abgelehnt. Ohne die Anerkennung dieser Jahre als Schwerarbeitszeiten waren die Anspruchsvoraussetzungen für einen früheren Pensionsantritt aber nicht mehr gegeben. Herr B. wandte sich umgehend an die RechtsschutzexpertInnen der Regionalgeschäftsstelle Niederösterreich der GPA-djp.

Klage eingebracht

Als Gewerkschaftsmitglied hat Herr B. einen starken Partner bei rechtlichen Problemen im Zusammenhang mit seiner Beschäftigung: die GPA-djp. Alfred B. kam persönlich zur Beratung und hat sich sehr intensiv mit den RechtsexpertInnen der Geschäftsstelle Niederösterreich beraten. In weiterer Folge haben die RechtsschutzsekretärInnen der

GPA-djp für Herrn B. eine Klage auf die Anerkennung von Schwerarbeitszeiten beim zuständigen Arbeits- und Sozialgericht eingebracht.

In der Klage wurden die Tätigkeiten von Herrn B. sehr ausführlich beschrieben und bei Gericht vorgebracht. Durch die genaue Beschreibung der Arbeiten konnte deren Schwerarbeits-Charakter deutlich gemacht werden. So hat Alfred B. in Bauphasen während der Sommermonate Gasleitungen überwiegend in gebückter Haltung verlegt. Derartige Schweißarbeiten waren vom Straßenbereich zum jeweiligen Hausanschluss notwendig. Dabei musste Alfred B. schweres Schweißgerät tragen und schwere Leitungsrohre händisch in die Künette einbringen.

Während der Wintermonate war Alfred B. mit dem Ausschneiden der Freileitungen von Ästen beschäftigt. Dazu musste er schweres Gerät wie eine Motorsäge benutzen. An sehr unzugänglichen Stellen oder bei hohen Ästen hat B. mit der Stangensäge gearbeitet. Diese Säge musste über Kopf gehalten und händisch bedient werden, was nach einiger Zeit sehr belastend für den Körper ist. Sträucher musste Alfred B. kniend unter den Leitungen in Bodennähe ausschneiden. Durch diese Tätigkeiten hat Alfred B. mindestens 2.000 kcal (Arbeitskalorien) pro Tag verbraucht, sodass die Tätigkeiten nach Ansicht der niederösterreichischen ExpertInnen der GPA-djp als körperliche Schwerarbeit zu werten sind.

Beweisverfahren brachte Klärung

Die PVA bestritt das Vorbringen der GPA-djp. Erschwerend kam hinzu, dass die von der Pensionsversicherungsanstalt eingeholte Arbeitsplatzbeschreibung des Arbeitgebers missverständlich formuliert war. Aus diesem Grund kam dem

Beweisverfahren entscheidende Bedeutung zu: Wie schaute die konkrete Tätigkeit tatsächlich aus? Mit Unterstützung der GPA-djp konnte der Betroffene seine Tätigkeit für das Gericht nachvollziehbar und glaubhaft schildern. Zusätzlich untermauert wurde seine Darstellung von Zeugenaussagen und Fotos.

Auf Antrag der GPA-djp-RechtsschützerInnen aus Niederösterreich wurde vom Gericht ein Sachverständigengutachten aus dem Fachgebiet der Arbeits- und Betriebsorganisation eingeholt. Der Gutachter erstellte aufgrund der genauen Beschreibung der Tätigkeiten von Alfred B. eine Berechnung des Kalorienverbrauchs. Dabei wurde zwischen leichter, mittelschwerer und schwerer Arbeit und Handarbeit, Einarm-, Zweiarms- und Körperarbeit unterschieden. Dann wurde die durchschnittliche Dauer der unterschiedlichen Arbeiten an einem Arbeitstag bewertet.

Der Sachverständige kam in seinem Gutachten zu dem Ergebnis, dass ein „durchschnittlicher Mann“ bei

© Nurih Wagner-Strauss



Rechtsexpertin
Andrea Komar

In dieser Ausgabe berichten wir darüber, wie die GPA-djp-RechtsschützerInnen aus Niederösterreich bei der Feststellung von Schwerarbeitszeiten unterstützt haben und damit erreichten, dass der betroffene Kollege früher und mit geringeren Abschlägen in Pension gehen kann.

diesen Tätigkeiten rund 2.100 kcal pro Tag verbraucht. Im Endeffekt hat die Pensionsversicherungsanstalt Alfred B. mehr als zehn Jahre als Schwerarbeitszeiten anerkannt.

Das ist ein toller Erfolg für Herrn B., der aufgrund der Anerkennung seiner schweren körperlichen Arbeit mit geringeren Abschlägen in Pension gehen kann, und für die niederösterreichischen RechtsschützerInnen der GPA-djp, die halfen, die Zeiten der Schwerarbeit sichtbar und nachvollziehbar zu machen. ■

Fakten zur Schwerarbeitspension

Die Schwerarbeitspension kann frühestens mit dem vollendeten 60. Lebensjahr in Anspruch genommen werden. Es müssen mindestens 540 Versicherungsmonate (45 Jahre) vorliegen und in den letzten 20 Jahren müssen 10 Jahre lang besonders belastende Tätigkeiten verrichtet worden sein; ob als Angestellter oder Arbeiter ist nicht entscheidend. Die Folge sind niedrigere Abschläge für den vorzeitigen Pensionsantritt.

Doch was wird unter Schwerarbeit verstanden? Gemeint sind Tätigkeiten, die unter körperlich oder psychisch besonders belastenden Bedingungen erbracht werden, wie beispielsweise: Schicht- oder Wechseldienst auch während der Nacht (zwischen 22 Uhr und 6 Uhr und an mind. 6 Arbeitstagen pro Kalendermonat), regelmäßige Arbeiten bei Hitze oder Kälte im Sinne des Nachtschwerarbeitszeitgesetzes oder schwere körperliche Arbeit, bei der Männer mindestens 2.000 kcal und Frauen mindestens 1.400 kcal pro Tag verbrauchen.

In einer „Berufsliste“ sind jene Berufsgruppen mit körperlicher Schwerarbeit angeführt, die grundsätzlich als körperliche Schwerarbeit gelten, sofern kein maschineller Einsatz mit Großgeräten (z. B. Kräne, Bagger) vorliegt und auch nicht überwiegend Planungs-, Organisations-, Kontroll- oder Aufsichtstätigkeiten verrichtet werden. Diese Liste umfasst jedoch nicht alle Tätigkeiten und ist nicht verbindlich. Es ist daher anzuraten, im Zweifel einen Antrag auf Feststellung von Schwerarbeitszeiten bei der Pensionsversicherungsanstalt (PVA) einzubringen.



Waldmühle Rodaun: Im grünen Wienerwald entstehen 450 qualitativ hochwertige und leistbare Wohneinheiten.

Wohnen am Stadtrand

Im Wienerwald werden aktuell 450 hochwertige und leistbare Wohnungen errichtet. Natur, Mobiliätskonzept und Grüne Energie inklusive.

von Christian Swoboda

Durch die Zusammenarbeit der Wohnbauvereinigung für Privatangestellte (WBV-GPA), dem Österreichischen Siedlungswerk (ÖSW AG), der Familienwohnbau gemeinnützige Bau- und Siedlungsgesellschaft m. b. H. und der Wien-Süd entsteht bis 2016 das einzigartige Wohnprojekt „Waldmühle Rodaun“ am Stadtrand Wiens.

Auf dem Areal der ehemaligen Lafarge-Perlmooser-Zementfabrik werden insgesamt 450 qualitativ hochwertige und leistbare Wohneinheiten geschaffen. Die Wohnhausanlage mit mehreren modernen Wohngebäuden bietet nicht nur lokale Infrastruktur und einen vielfältigen Wohnungsmix, sondern verfügt

durch die Lage im Wienerwald über ein optimales Erholungs- und Freizeitangebot. Die idyllische Grünlage und die durchdachte Architektur garantieren eine hohe Wohn- und Lebensqualität.

Grün am Rande der Großstadt

Das Projekt befindet sich auf einem bewaldeten Südhang mit zwei terrassenartigen Ebenen. Während sich das große Plateau mit den Gebäuden der Waldzeile ca. 13 Meter oberhalb des Straßenniveaus der Kaltenleutgebner Straße befindet, liegt noch 15 Meter darüber die nach Südosten geneigte obere Terrasse, auf der weitere villenartige Gebäude errichtet werden. Am Nordrand des Geländes,

am Fuß der Felswand, steht auf einem durchgehenden, eingeschossigen Sockel die „Waldzeile“. Dort sind sechs Wohngebäude angesiedelt, zwischen denen der Wald sichtbar ist. Im Sockelgeschoß sind verschiedene Gemeinschafts- und Allgmeineräume sowie zumietbare Home-Offices bzw. Hobbyräume oder Werkstätten untergebracht. Auf der oberen Terrasse befinden sich dreigeschossige, villenartige Wohngebäude. Den Abschluss der Gesamtanlage bildet ein langgestrecktes, nach Süden orientiertes Hanghaus. Westlich der Hochgarage verbindet eine große, grüne Stiegenanlage auch optisch die Kaltenleutgebner Straße mit dem großen Plateau. An der Kaltenleutgebner Straße wird eine Hochgarage

errichtet. Diese bildet den Hauptzugang zu der Anlage. Über Aufzüge erreicht man vom Straßenniveau die Eingangshalle des großen Plateaus. Weiters ist dort auch ein Nahversorger geplant, der Einkäufe des täglichen Bedarfs erleichtert. Ein vor Ort angesiedelter Kindergarten macht das Angebot für junge Familien perfekt.

Natürliche Umgebung

Die außergewöhnliche Inselsituation des Areals im Erholungsgebiet Wienerwald macht die Waldmühle Rodaun zu einem einzigartigen Wohnprojekt. Der Wienerwald lädt zum Wandern, Biken, Joggen, Klettern und vielen weiteren Aktivitäten im Freien ein und verwandelt sich im Sommer zu einer wahren Bewegungs- und Erholungsoase. Als zusätzliches Freizeitangebot befindet sich am Dach der Hochgarage auch ein eigenes Schwimmbad für die BewohnerInnen. Auf der anderen Seite liegt bereits in Niederösterreich, der Naturpark Föhrenberge. Außerdem bildet ein 12.000 m² großer parkartiger Freiraum inmitten des Projekts das Zentrum der Anlage. Dieser ist autofrei und bietet Platz für Kinderspiel und individuelle Erholung. Natürlich profitiert der große Kindergarten der Anlage ebenfalls vom einzigartigen Grünraumangebot.

Moderne Wohnvielfalt

Die 450 Mietwohnungen sind zwischen 59 und 135 m² groß und vorwiegend nach Süden orientiert. Jede der Wohnungen verfügt über einen privaten Freiraum in Form von Eigengarten, Balkon, Loggia oder Terrasse. Die Mieten richten sich nach den Vorgaben der Wiener Wohnbauinitiative 2011 und bieten hervorragende, leistbare Konditionen. Die BewohnerInnen haben dabei die Auswahl zwischen zwei Varianten mit unterschiedlich hohem Eigenmitteleinsatz. Eine Variante sieht im Schnitt ca.



© Schwalm-Theiss & Bresich

Jede der Wohnungen verfügt über einen privaten Freiraum: Eigengarten, Balkon, Loggia oder Terrasse - hier ist für jeden das Richtige dabei.

€ 150,-/m² Eigenmittel der MieterInnen und eine Miete von voraussichtlich € 6,62/m² (netto, ohne Betriebskosten) vor. Die andere Variante bietet bei durchschnittlichen Eigenmitteln der MieterInnen von ca. € 500,-/m² eine Miete von voraussichtlich € 5,26 m² (netto, ohne Betriebskosten). Das Projekt ist auch auf Menschen mit besonderen Wohnbedarf gut vorbereitet. Knapp 80 barrierefreie Wohnungen für Menschen mit Einschränkungen runden das Angebot ab. Diese Einheiten werden zu Pauschalieten angeboten und sind mit Küchen ausgestattet. Rahmenvereinbarungen mit sozialen Trägerorganisationen und Allgmeinräume für Therapie- und Gemeinschaftszwecke garantieren eine Grundversorgung an Betreuung.

Durchdachte Mobilität

In einer Hochgarage entlang der Kaltenleutgebner Straße befindet sich auf Straßenniveau, neben den Stellplätzen des Nahversorgers, auch die Zufahrt zu rund 500 Kfz-Stellplätzen für BewohnerInnen und BesucherInnen. In diesem Bereich können auch Fahrräder praktisch untergebracht werden. Über eine Rampe gelangt

man von der Hochgarage in die Tiefgarage der Gebäude der oberen Terrasse, wo sich weitere 150 Kfz-Stellplätze befinden. Zur Unterstützung verkehrstechnischer und ökologischer Aspekte wird in der Hochgarage auch ein zusätzlicher „Mobility Point“ geschaffen. Dieser Punkt wird Anlaufstelle der eigens installierten Mitfahrbörse sein und bietet Möglichkeiten, E-Fahrzeuge zu betanken. Die Anbindung an das öffentliche Verkehrsnetz erfolgt über die gegenüber befindliche Bushaltestelle. Diese Buslinie bringt die Bewohner direkt zum Bahnhof Liesing. ■

Info

Waldmühle Rodaun
Betreuungsgesellschaft mbH

Vertriebskontakt:
Tel.: 01/533 34 14-23
wohnservice@wbv-gpa.at
www.waldmühle-rodaun.at

wmr
Waldmühle Rodaun



© Maridav - Fotolia.com

Sommerzeit

Durch Ihre GPA-djp-Mitgliedschaft profitieren Sie von Einkaufs- und Preisvorteilen! Entweder mit Ihrer GPA-djp-CARD oder mit Ihrer persönlichen eni VIP-Card.

© Tlapa



TLAPA

Über 140 Jahre Tradition und persönliche Beratung sind das Erfolgsrezept des österreichischen Modeunternehmens, das sich auf 5.500 m² präsentiert. Die Kollektionen werden nach Themen sowie Modetrends präsentiert und ermöglichen so „markenübergreifende“ Kombinationen.

Neben den gängigsten Mainstreamlabels führt Tlapa auch Labels wie Hugo Boss, Joop! oder BRAX. Als besonderen Service bietet TLAPA ein ebenso unvergleichliches Größensortiment. Für alle mit Auto stehen Gratisparkplätze zur Verfügung.

10 % Rabatt mit der CARD

Carl TLAPA Kleidermoden
Favoritenstr. 73–75, 1100 Wien
www.tlapa.at

© photo-graphic-art



JUBEL & ELEND. Leben mit dem Großen Krieg 1914–1918

In Kooperation mit dem Heeresgeschichtlichen Museum Wien und dem Schloss Artstetten präsentiert das Renaissance-schloss Schallaburg von 29.3. bis 9.11.2014 die bisher umfangreichste Ausstellung zum Ersten Weltkrieg. 1.000 Objekte von 140 nationalen wie internationalen LeihgeberInnen erzählen spannende und vielfach berührende Geschichten über individuelle Schicksale im Großen Krieg.

Bei Vorlage der GPA-djp-CARD
EUR 9,– statt 10,–

Schloss Schallaburg
3382 Schallaburg 1
Mo. bis Fr. 9 bis 17 Uhr
Sa., So. und Feiert. 9 bis 18 Uhr
www.schallaburg.at

© Energie Direct



Qualitätsheizöle zum Sondertarif

Holen Sie sich Ihr Heizöl-Abo und verteilen Sie Ihre Wärmekosten über das Jahr, einfach, bequem und völlig ohne Zusatzkosten. Den Zeitpunkt Ihrer Bestellung bestimmen Sie selbst – frei nach Ihrem Wunsch zum jeweiligen Tagespreis.

Ihre Vorteile im Überblick:

- Zinsen- und gebührenfrei
- Aufteilung Ihrer Wärmekosten über die gesamte Abrechnungsperiode
- Abo-Jahr von 1. April bis 31. März

Energie Direct hat als einziger Anbieter am österreichischen Markt die Auswahl zwischen zwei hochwertigen schwefelfreien Heizöl Extraleicht-Sorten.

Infos: www.gpa-djp.at/card

© Donau Touristik GmbH



Schiffausflug in die Wachau ab Wien-Nußdorf

Jeden Sonntag und Montag bis 20.10.14. Am Vormittag steht in Tulln ein Stopp zur Weinprobe am Programm, am Nachmittag können Sie zwischen einem Aufenthalt in Krems, in Dürnstein oder in Weißenkirchen wählen. Inklusive 3-Gang-Mittagessen und Heurigenbuffet bei der Rückfahrt.

Für GPA-djp-Mitglieder –25 % Ermäßigung pro Person:

Mo.: EUR 34,80 statt 46,50
So.: EUR 37,- statt 49,50

2 Kinder bis 11,9 Jahre gratis,
von 12–14,9 Jahre nur 50 %!

Buchung mit Code „GPA14“:
Tel.: 0732/20 80-12
kaiserin@donautouristik.com
www.donaureisen.at

© eni



eni VIP-Card

Seit Anfang des Jahres sind zahlreiche GPA-djp-Mitglieder im Besitz der eni VIP-Card und erhalten an den österreichischen Agip und eni ServiceStationen:

- 2,5 Cent/Liter Ermäßigung auf Treibstoff
- 15 % Ermäßigung auf die hochwertigen Schmierstoffe
- 10 % Ermäßigung auf die pflegenden Wäschen aus dem CarWash-Angebot

Wollen auch Sie an der Tankstelle bares Geld sparen – über 300-mal in Österreich?

Bestellen Sie Ihre persönliche eni VIP-Card online unter www.gpa-djp.at/card oder fordern Sie das Bestellformular unter: 05 03 01-301 an.

© astro



ASTRO

ASTRO bietet Top-Aktuelles aus den Bereichen Mode & Jeans, Wäsche & Strumpfware sowie Sport- & Freizeitbekleidung für die ganze Familie, ebenso wie Trendiges zum Spielen und Lernen und Mondänes für Heim & Haushalt.

Bei Vorlage Ihrer GPA-djp-CARD können Sie beim Kauf der Markenartikel bis zu –20 % sparen:

- 1030 Wien, Franzosen-graben 9
- 2103 Langenzersdorf, Meisengasse 4–6
- 2130 Mistelbach, Ernstbrunner Straße 8b
- 2331 Vösendorf, Marktstr. 4
- 2700 Wr. Neustadt, Pottendorfer Str. 37
- 3500 Krems, An der Schütt 39

www.astro.co.at

Nähere Infos

zu diesen und vielen anderen CARD-Vorteilsangeboten finden Sie unter: www.gpa-djp.at/card
Hier können Sie auch den CARD-Newsletter abonnieren und erhalten monatlich per E-Mail aktuelle CARD-Infos.

Steht Ihnen kein Internetzugang zur Verfügung, senden wir Ihnen gerne die CARD-Broschüre zu. Bestellungen: Tel.-Nr.: 05 03 01-301, service@gpa-djp.at



© frenta - Fotolia.com



Gewinnspiele und Ermäßigungen



Alle markierten Produkte können Sie gewinnen! Senden Sie dazu eine Postkarte an die Redaktion
 KOMPETENZ, 1034 Wien, Alfred-Dallinger-Platz 1, Kennwort: Name der jeweiligen Veranstaltung bzw. online:
www.gpa-djp.at/gewinnspiel, **Einsendeschluss 17. August 2014.**
 Keine Barablösung. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

© Image Performing Arts



Gewinnen Sie
2 x 2
Karten
 für 29,8 €

6.–31. August 2014

Mozart im Schlosstheater Schönbrunn

Schlosstheater Schönbrunn, Wien

Im August 2014 werden mit
 „Le Nozze di Figaro“, „Don Gio-
 vanni“ und „Cosi fan Tutte“ drei
 besondere Stücke geboten.

Infos & Karten unter
 Tel.: 01/812 50 04-0 oder
www.kammeroper-schoenbrunn.at
 CARD-Ermäßigung: EUR 10,-

© Christoph Böhrer



Gewinnen Sie
2 x 2
Karten
 für 26,8 €

Bis 31. August 2014

Tschauner Stehgreif Klassik

Tschauner Bühne, Wien

Wiens größtes Sommertheater
 mit klassischem Stehgreiftheater-
 bereich, zahlreichen Gastspielen
 von Kabarett bis Musik, Sonntags-
 Matineen und Kinderprogrammen.

Karten: 01/914 54 14
 Info: www.tschauner.at
 10 % CARD-Ermäßigung

© Waschsalon Karl-Marx-Hof/Klaus Müller



Gewinnen Sie
2 x 2
Karten
 für 25,9 €

11. Sept. 2014 – 26. April 2015

Die Sozialdemokratie zieht in den Krieg

Waschsalon Karl-Marx-Hof, Wien

Die Ausstellung ist europäischen
 Sozialdemokratien in den
 kriegsbeteiligten Staaten des
 1. Weltkrieges gewidmet.

Tel.: 0664/885 40 888
www.dasroterwien-waschsalon.at
 Für GPA-djp-Mitglieder
 1+1 Ticket gratis

© comcat



Gewinnen Sie
5 x 2
Karten
 für 14,9 €

14. September 2014

Talking Drum: Euphoria

Kulisse, Wien

TALKING DRUM ist eine bunte
 Mischung aus traditioneller afrika-
 nischer Percussion, kombiniert mit
 europäischen Rhythmen aus Pop,
 Rock und Jazz!

Buchung per Mail:
tickets@comcat.cc
 Mit CARD EUR 14,-
 statt EUR 24,-

© Jens Hauer



Gewinnen Sie
2 x 2
Karten
 für 19,10 €

23. Sept. bis 26. Oktober 2014

Dirty Dancing – Das Original Live on Tour

Wiener Stadthalle – Halle F

Dirty Dancing – Das Original Live
 on Tour lässt die weltbekannte
 Liebesgeschichte zwischen Johnny
 und „Baby“ als unvergessliche
 Bühnenshow wieder lebendig
 werden.

Buchung: tickets@comcat.cc
 Ermäßigung f. GPA-djp-Mitglieder!

© INSA



Gewinnen Sie
3 x 2
Karten
 bis 5,10 €

Bis 5. Oktober 2014

SHOEtting Stars

Kunst Haus Wien

Den Schuh nicht nur als beiläufi-
 ges Modeprojekt zu betrachten,
 sondern als Designobjekt mit
 autonomer Aussage, ist Gegen-
 stand dieser Ausstellung.

Info: www.kunsthausewien.com

Mit CARD EUR 7,- statt EUR 10,-
 pro Person.

Wer dreht an der Uhr?

Geschlechtergerechtigkeit und gewerkschaftl. Arbeitszeitpolitik, Claudia Sorger Verlag Westfälisches Dampfboot 2014, 29,90 Euro

Von außen vorgegebene Zeitstrukturen bestimmen unser Leben von Anfang an, das beginnt mit Schlafens- und Essenszeiten für Säuglinge und Kleinkinder im Kindergarten und setzt sich fort in der Schule und im Erwerbsleben. Überall strukturieren zeitliche Vorgaben in mehr oder weniger rigider Art den Alltag und bestimmen damit auch sämtliche andere Lebensbereiche wie Freizeit, Urlaub oder Versorgungsarbeit.

Sieht man sich die geschlechtsspezifische Aufteilung dieser Lebensbereiche an, so werden die Ungleichverteilung zwischen Frauen und Männern und die daraus entstehenden Unterschiede in den Lebens- und

Arbeitsbedingungen besonders deutlich. Arbeitszeifragen müssen daher immer aus der Geschlechterperspektive heraus diskutiert werden. Immer noch gibt es den sogenannten Gender-Gap, der in bezahlter Erwerbsarbeit und unbezahlter Versorgungsarbeit zum Ausdruck kommt. Im Zuge der Wirtschaftskrise weisen die Gewerkschaften wieder verstärkt auf die Bedeutung arbeitszeitpolitischer Gestaltung hin. So wird beispielsweise die Kurzarbeit zur Sicherung der Beschäftigung in großen Betrieben diskutiert.

Claudia Sorger geht nun der Frage nach, in welcher Art und Weise Arbeitszeitpolitik einen Beitrag zur Umsetzung von Geschlechtergerechtigkeit leisten kann, und welche Rolle Gewerkschaften – als potenzielle AkteurInnen einer emanzipatorischen



Arbeitszeitpolitik – in diesem Zusammenhang spielen. Ausgehend von der theoretischen Diskussion zu Geschlechtergerechtigkeit, einer umfassenden Analyse zu Arbeitszeit und Arbeitszeitpolitik und auf der empirischen Grundlage von Gewerkschaftsdokumenten und Interviews

mit GewerkschaftsfunktionärInnen analysiert die Autorin die Umsetzung von Geschlechtergerechtigkeit in der Arbeitszeitpolitik der österreichischen Gewerkschaften.

Dabei kommen die Widersprüche zwischen dem Festhalten an männlich dominierten Vollzeit-Normalarbeitszeitstandards und der Pluralisierung von Arbeitszeitformen sowie der Dekonstruktion von tradierten Geschlechterrollen zum Vorschein.

Andrea Rogy

Steuern sparen 2013/14

Die besten Steuertipps für ArbeitnehmerInnen, Verein für Konsumenteninformation, 2014, 14,90 Euro

Alle Jahre wieder ... plagen wir uns mit dem Jahresausgleich. Diejenigen, die über ein großes Vermögen verfügen, haben in der Regel auch Mittel und Wissen, um alle Möglichkeiten der komplizierten Steuergesetzgebung auszunutzen. Der sogenannte „kleine Steuerzahler“ wird oftmals von dem Dickicht an Bestimmungen, Bezeichnungen und Formularen abgeschreckt und verzichtet auf die Arbeitnehmerveranlagung. Doch beim Jahresausgleich kann man sich mit genügend Wissen, einiges an bereits bezahlten Steuern zurückholen.

Dieses Buch stellt eben diese Fragen und Probleme der kleinen Steuerzahler in den Mittelpunkt und erleichtert uns ein



Zurechtfinden in den Details der komplizierten Materie. Zunächst wird das österreichische Steuersystem erklärt. Die Berechnung der Lohn- bzw.

Einkommensteuer wird logisch und nachvollziehbar gemacht. Es wird erklärt, was abschreibbare Ausgaben sind, welche Steuerabsetzbeträge es gibt und wie sie funktionieren. Dabei werden die Begriffe „Werbungskosten“, „Sonderausgaben“ und „außergewöhnliche Belastungen“ voneinander abgegrenzt. Fallbeispiele aus der Praxis machen das Erklärte verständlicher. Die Steuerabsetzbeträge werden ebenso erklärt wie verschiedene Freibeträge.

Den Steuern auf selbstständige Tätigkeiten wird ein eigenes Kapitel gewidmet. So kann man sich orientieren, für welche Art der Tätigkeit

Steuern zu bezahlen sind. Musterbriefe samt Ausfüll-Hilfe unterstützen bei Formulierungen. In einem eigenen Kapitel wird erklärt, welche Möglichkeiten es gibt, wenn man mit dem aktuellen Steuerbescheid nicht einverstanden ist. Auch Ratenzahlung und Stundung sind ein Thema.

Im Serviceteil am Ende des Buches findet sich ein ausführliches Stichwortverzeichnis sowie verschiedene Webadressen, mit denen man unter anderem den Zugang zu „FinanzOnline“, dem Online-Service des Finanzministeriums findet. Die Online-Erstanmeldung wird sehr ausführlich erläutert.

Das Buch führt mit einfachen Worten durch den Dschungel der Bestimmungen und zeigt legale Möglichkeiten zum Sparen von Steuern.

Andrea Rogy



LOHNSTEUER RUNTER!

DAMIT NETTO **MEHR GELD** BLEIBT



Jetzt unterschreiben!
 www.lohnsteuer-runter.at

Vorname, Name

PLZ

Unterschrift

Vorname, Name

PLZ

Unterschrift

Vorname, Name

PLZ

Unterschrift

Vorname, Name

PLZ

Unterschrift

DIE UNTERSCHRIEBENEN LISTEN ÜBERMITTELN:

Per Post in einem Kuvert an: **ÖGB, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien**
(Tipp: in das Briefmarkenfeld „**Porto zahlt Empfänger**“ schreiben.)

Persönlich beim nächsten ÖGB (siehe www.oegb.at/bundeslaender)

ÖGB ÖSTERREICHISCHER
GEWERKSCHAFTSBUND

